



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

34. Jahrgang · Heft 1

Januar 1982

Grafik des Monats: Wirtschaftskraft der Kreise 1978
Aufsätze: Kommunalwahlen 1946 bis 1978
Auslandsumsätze im verarbeitenden Gewerbe
Berufspendler

Aus unserem Archiv

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		November 1981		Januar bis November 1981	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	180	- 2,5	180	- 1,8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	19	- 2,8	18	- 4,9
Löhne und Gehälter	Mill. DM	647	+ 2,7	499	+ 2,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 868	+ 9,6	2 779	+ 8,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 320	+ 4,5	2 256	+ 4,5
Auslandsumsatz	Mill. DM	547	+ 37,9	523	+ 30,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 452	- 21,8	1 405	+ 2,2
aus dem Inland	Mill. DM	1 049	- 28,5	979	- 3,3
aus dem Ausland	Mill. DM	403	+ 3,1	426	+ 17,8
Energieverbrauch	1 000 t SKE	227	- 1,9	226	- 3,6
Bauhauptgewerbe²					
		Oktober 1981		Januar bis Oktober 1981	
Beschäftigte	1 000	53	- 8,7	55	- 5,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. St.	7	- 15,4	6	- 9,5
Löhne und Gehälter	Mill. DM	145	- 11,2	133	- 3,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	434	- 24,4	377	- 1,6
Auftragseingang ³	Mill. DM	185	- 28,9	257 ^a	- 2,7 ^a
Baugenehmigungen⁴					
		November 1981		Januar bis November 1981	
Wohnbau	Wohnungen	905	- 20,2	1 300	- 12,9
Nichtwohnbau	1 000m ³ umbauter Raum	397	- 12,7	535	- 21,2
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	77 036	+ 66,4	59 344	+ 54,1
Ausfuhr					
		Oktober 1981		Januar bis Oktober 1981	
Ausfuhr	Mill. DM	679	+ 30,0	700	+ 35,1
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	637	+ 27,8	642	+ 26,7
Kredite⁵					
		November 1981		Januar bis November 1981	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 872	+ 6,5	8 795	+ 8,2
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	34 778	+ 9,2	33 794	+ 10,4

1) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 (ab Januar 1979)

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

a) durch Großaufträge beeinflusst

Anmerkung: Zum Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr können wegen Umstellung des Berichtskreises erst später wieder Ergebnisse gebracht werden

INHALT 1/82

	Seite
Aktuelle Auslese	1
Aufsätze	
Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein 1946 bis 1978	2
Die Bedeutung des Auslandsgeschäfts für das verarbeitende Gewerbe	21
Berufspendler 1980	27
Aus unserem Archiv	32
Grafik des Monats	16
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A allgemein ...	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 6/7 – 1981

Handel und Gastgewerbe 1979
Erkrankungen an Gelbsucht
Arbeitskosten der Unternehmen

Heft 8/1981

Statistisches Landesamt im neuen
Dienstgebäude
Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe
Studiendauer
Körpergröße und -gewicht

Heft 9/1981

Anbau Ackerland 1981
Getreideernte 1981
Ausfuhr
Insolvenzen

Heft 10/1981

Ehescheidungen
Bienenhaltung
Nahrungsmittelausgaben
Studenten

Heft 11/12 – 1981

Bruttoinlandsprodukt 1970 und 1980
Bauhauptgewerbe 1950 bis 1981
Getreide- und Rapsertträge



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

34. Jahrgang · Heft 1

Januar 1982

Aktuelle Auslese



Trotz geringerer Beschäftigung höhere Umsätze im verarbeitenden Gewerbe

In den schleswig-holsteinischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes waren von Januar bis November 1981 im Durchschnitt rund 180 000 Erwerbstätige beschäftigt, das sind 3 300 oder 1,8 % weniger als 1980. Das Arbeitsvolumen, gemessen an den geleisteten Stunden der Arbeiter, fiel in diesem Zeitraum um fast 5 % geringer aus als 1980. Die Summe der gezahlten Löhne und Gehälter wuchs demgegenüber um 2,8 %.

1981 wurden bisher fast um 9 % höhere Umsätze erzielt als 1980; das entspricht einer realen — vom Preisanstieg bereinigten — Absatzsteigerung um etwa 3 %. Dabei überdeckte die boomartige Belebung des Exports (Umsatzplus: 31 %) die Flaute im Inlandsgeschäft (+ 4,5 %). Der von Januar bis November 1981 im Vergleich zum Vorjahr geschrumpfte Bestelleingang aus dem Inland (— 3,3 %) läßt keine Anzeichen für eine baldige positive Entwicklung erkennen. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1980 war noch eine positive Veränderungsrate des Eingangs an Inlandsaufträgen von 9,2 % beobachtet worden. Die Ordertätigkeit aus dem Ausland hat dagegen wie auch im Vorjahr erheblich zugenommen (1981: + 18 %).



Baugenehmigungen stark rückläufig

In Schleswig-Holstein sind in Januar bis November 1981 insgesamt 15 210 Wohnungen zum Bau freigegeben worden. Das sind 2 028 oder 11,8 % Wohnungen weniger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Dieser Rückgang ist ausschließlich auf den Einfamilienhausbau zurückzuführen. Bei 5 849 neu zum Bau genehmigten

Wohnungen belief er sich auf — 30 %. Um so bemerkenswerter ist dagegen der leichte Anstieg von 5 533 auf 5 779 (+ 4,4 %) der Zahl der Wohnungen, die mit dem Bau von Mehrfamilienhäusern genehmigt wurden. Mit 1 285 ausgesprochenen Baugenehmigungen für Zweifamilienhäuser wurde der Vorjahreswert (1 265) ebenfalls leicht übertroffen. 330 Wohnungen (+ 17,4 %) wurden bisher mit der Errichtung neuer Nichtwohngebäude geplant, immer von Januar bis November gerechnet.



Weit über 25 000 Studenten

Die Zahl der Studenten an den Hochschulen Schleswig-Holsteins hat im noch laufenden Wintersemester 1981/82 mit 25 661 einen neuen Höchstwert erreicht. Das sind 2 500 Studenten oder 11 % mehr als im Wintersemester 1980/81 und der höchste Zuwachs seit 10 Jahren. 4 366 unter ihnen sind Studienanfänger.

An der Universität Kiel haben sich 15 070 Studenten und damit über 1 000 Studenten (+ 7 %) mehr eingeschrieben als ein Jahr zuvor. Höhere Zuwächse sind an den beiden pädagogischen Hochschulen und den Fachhochschulen zu verzeichnen. An der Pädagogischen Hochschule Kiel stieg die Zahl der Immatrikulationen um 13 % auf 2 670 Studenten und in Flensburg um 17 % auf 1 110 Studenten. An den Fachhochschulen Schleswig-Holsteins sind (ohne die 1 050 Studenten an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz) 4 890 Studenten und damit 16 % mehr eingeschrieben als im Wintersemester 1980/81. Weit über die Hälfte von ihnen (2 780) studieren an der Fachhochschule Kiel, während 1 120 Studenten einen Studienplatz in Lübeck haben. In Wedel und Flensburg sind 560 und gut 420 Fachhochschulstudenten immatrikuliert. Schließlich meldeten die Medizinische Hochschule Lübeck 515 und die Musikhochschule Lübeck 350 Studenten.

Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein 1946 bis 1978

Kommunalwahl am 13. Oktober 1946

In Schleswig-Holstein wurden die kommunalen Vertretungen erstmals 1924 und 1925 in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt, und zwar nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten fanden keine Kommunalwahlen mehr statt. Zum letzten Male ist am 12. März 1933 gewählt worden. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialistischen Staates mußte also wieder beim Punkt Null angefangen werden. Da an Wahlen zunächst nicht zu denken war, wurden die Mitglieder der ersten kommunalen Vertretungskörperschaften von der Besatzungsmacht ernannt. Aber schon in der ersten Hälfte des Jahres 1946 wurden von der britischen Militärregierung Verordnungen für eine demokratische Wahl in den Kreisen und Gemeinden erlassen¹. Das darin festgelegte Wahlrecht weicht in wesentlichen Punkten von dem bis 1933 angewandten deutschen Wahlrecht ab. Neben der andersartigen Vorbereitung und Durchführung kommt auch ein neues Wahlsystem zur Anwendung. Es wurde nicht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, sondern in Anlehnung an das britische Wahlrecht nach einer modifizierten Mehrheitswahl gewählt.

Es wurde dabei zwischen Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern und anderen Wahlgebieten unterschieden. Bei ersteren wurde wie folgt vorgegangen²: Es wurde zunächst eine Quote aus der Summe der abgegebenen Stimmen und der Anzahl der zu wählenden Vertreter errechnet. Die Partei mit den meisten Stimmen erhält den ersten Sitz und die Quote wird von ihren Gesamtstimmen abgezogen. Sodann wird festgestellt, welche Partei nun die meisten Stimmen hat — das kann auch die erste Partei sein — und der zweite Sitz wird verteilt. Ergibt sich schließlich, daß noch Sitze zu verteilen sind, obwohl keine Partei mehr die volle Quote aufweist, so sind die verbleibenden Sitze den Parteien in der Reihenfolge ihrer Stimmenreste zuzuweisen. In den Gemeinden dagegen, deren Einwohnerzahl 500 übersteigt, und in den Kreisen

gelten die Kandidaten mit den meisten Stimmen als direkt gewählt. Ihr Anteil macht je nach Größe des Wahlgebietes die Hälfte bis drei Viertel der Gesamtsitzzahl aus. Die übrigen Sitze werden aus sogenannten Reservelisten besetzt. Dabei werden jeder Partei in einem „Reservestock“ die Stimmen gutgeschrieben, die jeder direkt gewählte Bewerber mehr hatte als der mit der höchsten Stimmenzahl durchgefallene Bewerber, ferner die Stimmen aller durchgefallenen Kandidaten.

Aus diesen Stimmen und der Anzahl der aus der Reserveliste zu wählenden Vertreter wird eine Quote berechnet, und dann werden die Sitze wie oben beschrieben verteilt.

An der Wahl konnten sich Parteien, die eine Lizenz der Militärregierung hatten, und unabhängige Kandidaten beteiligen. Die Bewerber mußten mindestens 25 Jahre alt und 18 Monate im Melderegister eingetragen sein. Außerdem durften sie nicht in ein Konkursverfahren verwickelt oder Berufsoffizier oder Mitglied einer NS-Organisation gewesen sein. Wahlberechtigt waren alle mindestens 21 Jahre alten Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und am 12. Mai 1946 mindestens drei Monate im Melderegister eingetragen waren, sofern sie nicht eine führende Funktion in einer NS-Organisation innegehabt hatten, vor dem 1. März 1933 NS-Mitglied gewesen waren oder vom Entnazifizierungsausschuß in eine Gruppe eingeteilt waren, die das Wahlrecht ausschließt (Gruppe I — III)³. Dadurch war nur etwas mehr als die Hälfte der Wohnbevölkerung wahlberechtigt.

Der Wähler konnte, anders als heute, auch bei der Kreiswahl und der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten mehrere Kandidaten ankreuzen, und zwar bis zu sechs. Es gab auch die Möglichkeit, daß in einer Gemeinde keine Wahl durchgeführt wurde, wenn die Parteien nur so viele Bewerber aufstellten, wie zu wählen waren. Das war in 359 Gemeinden der Fall. Die Wahlperiode belief sich insgesamt nur auf drei Jahre und jedes Jahr sollte ein Drittel der Vertreter neu gewählt werden.

1) Die wesentlichen Grundlagen sind in den Mil.-Reg.-VO Nr. 26, 28, 31 und 32 enthalten, die im Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, veröffentlicht worden sind

2) siehe Artikel XI und XII der VO Nr. 32 vom 30. Mai 1946, a.a.O. S. 226

3) Gruppe I: Hauptschuldige Gruppe IV: Mitläufer
" II: Schuldige " V: Entlastete
" III: Minderbelastete

Zur Kommunalwahl (hier und in den weiteren Ausführungen für Gemeindevahl in den kreisfreien Städten und Kreiswahl in den Kreisen verwendet) am 13. Oktober 1946 kandidierten acht Parteien und mehrere unabhängige Bewerber, und zwar: SPD, CDU, FDP, SSV (Südschleswigscher Verein), KPD, DRP (Deutsche Reichspartei), SPF (Sozialdemokratische Partei Flensburg) und das Zentrum. Da die SPF zum SSW der Nachfolgepartei des SSV hin orientiert war und nur 1946 und 1948 auftrat, werden hier die Stimmen dem SSV zugezählt, um die Entwicklung der „dänischen“ Stimmen besser darstellen zu können.

Kommunalwahl am 13. 10. 1946

	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf				
		CDU	SPD	FDP	SSV/SPF	KPD
Kreisfreie Städte	71,5	32,3	42,4	2,4	12,3	6,4
Kreise	70,2	39,0	40,5	7,4	7,0	4,7
Insgesamt	70,6	37,3	41,0	6,1	8,3	5,1

Quelle: Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein, Kiel 1951, S. 542

Die Wahlbeteiligung war zwar mit 70,6 % niedriger als im Durchschnitt der späteren Kommunalwahlen, wenn man aber bedenkt, daß nur gut die Hälfte der Bevölkerung wahlberechtigt war und es sich um die 1. Wahl nach 13 Jahren handelt, doch recht hoch. Bemerkenswert ist, daß die Wahlberechtigten in den kreisfreien Städten sich häufiger an der Wahl beteiligten als in den Kreisen. Das ist nur noch 1955 der Fall gewesen. Die SPD ging aus dieser Wahl als stärkste Partei hervor. Sie erhielt 41,0 % der gültigen Stimmen. Während ihr Vorsprung in den Kreisen gegenüber der CDU nur knapp war, machte er in den kreisfreien Städten zehn Prozentpunkte aus. Die CDU erhielt als zweitstärkste Partei 37,3 % der Stimmen. Sie schnitt in den Kreisen (39,0 %) besser ab als in den kreisfreien Städten (32,3 %). Der SSV (einschließlich SPF) kam als drittstärkste Partei auf 8,3 %. In den Kreisen, in denen er kandidierte, erhielt er jedoch bedeutend höhere Anteile. In Flensburg stellte er sogar mit 66,0 % die bei weitem stärkste Partei. Das ist jedoch, wie die Ergebnisse der späteren Wahlen zeigen, auf die besonderen Umstände in der ersten Nachkriegszeit zurückzuführen⁴. Die FDP, die ebenfalls nicht in allen Kreisen auf-

4) siehe hierzu: J. Sachse, Die Entwicklung der dänischen Stimmen in Schleswig-Holstein, in: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Sonderheft B, 1949, S. 86 ff.

trat, vereinigte auf sich 6,1 % der gültigen Stimmen. Sie war in den Kreisen dreimal so stark wie in den kreisfreien Städten. Auf die KPD entfielen 5,1 % der Stimmen. Die übrigen Parteien (DRP, Zentrum und Unabhängige) waren insgesamt gesehen bedeutungslos. Die DRP errang allerdings in Lübeck und im damaligen Kreis Rendsburg jeweils einen Sitz.

Kommunalwahl am 24. Oktober 1948

Der von der britischen Militärregierung nach dem Ergebnis der Kommunalwahl 1946 ernannte 2. schleswig-holsteinische Landtag beschäftigte sich schon bald mit einer neuen Wahlgesetzgebung, die in das Landeswahlgesetz vom 31. Januar 1947 (Amtsbl. Schl.-H. S.95) mündete. Darin wird erstmals in einem deutschen Land die Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich festgelegt. Kurz nach dem Inkrafttreten des Landeswahlgesetzes wurden durch die Mil.-Reg. — VO Nr. 81 die Wahlangelegenheiten auch förmlich auf die deutsche Gesetzgebung und Verwaltung übertragen. Aufgrund dieser Ermächtigung wurden zunächst durch Gesetz vom 7. August 1947 (GVOBl. Schl.-H. S.33) die jährliche Wiederholungswahl eines Drittels der Vertreter außer Kraft gesetzt und Neuwahlen bis Ende 1948 festgelegt. Im Anschluß daran verabschiedete der schleswig-holsteinische Landtag das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz vom 15. Juni 1948 (GVOBl. Schl.-H. S. 95). Das Gesetz übernahm im grundsätzlichen das Wahlsystem des Landeswahlgesetzes von 1947; es fußt auf den früheren deutschen Gemeinde- und Kreiswahlgesetzen von 1924 und 1925⁵.

Das Wahlsystem ist seinem entscheidenden Charakter nach ein relatives Mehrheitswahlrecht, da etwa sechs Zehntel der Bewerber unmittelbar durch Mehrheitswahl in den Wahlbezirken gewählt werden und die übrigen aus den Listen der Parteien.

Rietdorf meint dazu⁶: „Dieses Wahlsystem geht davon aus, daß die Stimmabgabe des Wählers nicht in erster Linie als mathematische Rechengrundlage zur Festlegung des Einflßbereichs verschiedener Parteigruppen dient, sondern vielmehr eine wirkliche Auswahl unter den geeignet erscheinenden Persönlichkeiten treffen soll. Diese im persönlichen Wettkampf der Bewerber durch den Wähler getroffene Entscheidung

5) F. Rietdorf, Die Gemeinde- und Kreiswahlen in Schleswig-Holstein, Kiel 1948

6) a. a. O. S. 48

ist die Grundlage für die Verteilung der Sitze. Dies kann zur Folge haben, daß einzelne politische Parteien, deren Bewerber nicht die höchste Stimmenzahl erreichen, damit ausfallen. Um krasse Mißverhältnisse zwischen den abgegebenen Stimmen und der Zahl der auf die Parteien entfallenden Sitze zu vermeiden, ist als Ausgleich eine Verhältnisrechnung vorgesehen. Diese wird dadurch herbeigeführt, daß die nicht verbrauchten Stimmen, das heißt die Stimmen der durchgefallenen Bewerber (Reststimmen) und die Stimmen der erfolgreichen Bewerber, die sie mehr als der erfolglose Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl erzielt haben (Überstimmen), zur Grundlage einer anteilmäßigen Verteilung der Sitze anhand von Listen, die die Parteien eingereicht haben, genommen werden." An dem Verhältnisausgleich nehmen aber nur solche Parteien teil, die im Wahlgebiet (Kreis, Gemeinde) einen Bewerber direkt durchgebracht oder zehn Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben. Für die Verteilung der Listensitze wurde erstmals das d'Hondt'sche Höchstzahlenverfahren angewandt. Dabei werden die Sitze auf die Parteien nach der Reihenfolge der höchsten Zahlen verteilt, die sich durch Teilung der unverbrauchten Stimmen der Parteien durch 1, 2, 3 usw. ergeben. Bemerkenswert ist dabei, daß die Parteien Bewerber nachschieben können, sofern sie mehr unmittelbare Sitze erhalten als Bewerber auf ihrer Liste stehen.

Die Ansässigkeitsfrist für die Wählbarkeit wurde auf sechs Monate herabgesetzt. Damit verfügten auch die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen über die Voraussetzungen, sich als Kandidaten aufstellen zu lassen. Die vom Entnazifizierungsausschuß in die Kategorien I – IV eingestuft wurden weiterhin nicht gewählt werden. Außerdem durften Beamte und Angestellte eines Kreises oder einer Gemeinde nur in die Vertretung ihrer Anstellungsbehörde gewählt werden, wenn sie die Beurlaubung von ihrem Dienstverhältnis nachweisen.

Zur Kreiswahl am 24. Oktober 1948 kandidierten zehn Parteien und mehrere Parteilose. Gegenüber 1946 gab es folgende Veränderungen: DKP (Deutsche Konservative Partei), DP (Deutsche Partei) und RSF (Radikal-Soziale Freiheitspartei) traten erstmals auf, die DRP kandidierte nicht mehr und der SSV hieß jetzt SSW.

Die Zahl der Wahlberechtigten hatte sich gegenüber 1946 kräftig erhöht. Das hängt einmal mit dem Zustrom weiterer Flüchtlinge, vor allem aber mit der erfüllten Wohnvoraussetzung dieser Personen zusammen. Außerdem ist der weitaus größte Teil derjenigen,

Kommunalwahl am 24. 10. 1948

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahl- betei- ligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf			
		CDU	SPD	FDP	SSW ²
		in %			
FLENSBURG	88,5	24,9	24,6	—	49,0
KIEL	73,1	46,2	44,2	—	0,5
LÜBECK	70,4	28,8	45,0	9,6	—
NEUMÜNSTER	68,2	44,0	49,4	2,4	—
Kreisfreie Städte	74,0	36,2	41,3	3,4	9,6
Dithmarschen	76,9	47,3	40,6	5,1	—
Hzgt. Lauenburg	73,4	39,0	40,8	—	—
Nordfriesland	85,7	38,9	33,3	1,0	24,2
Ostholstein	73,8	39,7	43,0	4,4	—
Pinneberg	76,5	26,3	42,9	14,8	—
Plön	79,3	42,9	35,1	—	—
Rendsburg-Eckernförde	79,8	46,7	38,5	—	10,0
Schleswig-Flensburg	87,2	44,2	32,7	—	20,9
Segeberg	79,1	36,6	42,0	18,1	—
Steinburg	76,2	24,4	45,4	24,8	—
Stormarn	74,4	29,8	40,0	11,9	—
Kreise	78,7	38,6	39,2	6,5	6,5
Schleswig-Holstein	77,4	38,0	39,7	5,7	7,3

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet 2) einschließlich SPF

Quelle: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Sonderheft B, 1949

die aufgrund ihrer politischen Belastung von der Wahl ausgeschlossen waren, nunmehr wahlberechtigt geworden. Über sechs Zehntel anstelle gut fünf Zehntel der Bevölkerung waren am 24. 10. 1948 wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung war mit 77,4 % deutlich höher als 1946 und es ergab sich das heute bekannte Bild, daß die Beteiligung in den Kreisen höher ist als in den kreisfreien Städten. Eine weitere bemerkenswerte Übereinstimmung zeigt die Wahlbeteiligung nach Altersgruppen. In einigen Kieler Wahlbezirken wurde die Wahlbeteiligung nach Altersgruppen ausgezählt. Dabei wurde festgestellt, daß die 21- bis 30jährigen das geringste Interesse an der Wahl haben und die 51- bis 70jährigen das größte. Es war also damals nicht anders als heute. Im nördlichsten Landesteil lag die Wahlbeteiligung erheblich über dem Landesdurchschnitt. Das dürfte mit dem damals akut gewordenen Grenzproblemen zusammenhängen.

Die Wahlergebnisse wurden für die hier gebotenen Tabellen auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet. Dabei konnten jedoch Gemeindeteilungen

nicht berücksichtigt werden. In diesen Fällen wurde die Gemeinde dem Kreis oder der kreisfreien Stadt zugeordnet, auf die der bevölkerungsmäßig größte Teil entfiel.

Die SPD blieb zwar mit 39,7 % der gültigen Stimmen die stärkste Partei, sie konnte aber ihren Anteil von 1946 nicht ganz halten und wurde in mehreren Kreisen durch die CDU von der Spitze verdrängt. Sie nahm aber in der Mehrzahl der Kreise und kreisfreien Städte den ersten Platz ein. Die CDU verbesserte sich insgesamt auf 38,0 %. Sie steigerte ihren Anteil besonders in den kreisfreien Städten und verwies die SPD in Kiel auf den 2. Platz. Die FDP, die nicht überall kandidierte, schnitt mit 5,7 % nicht so gut ab wie 1946. Noch stärker war der Rückgang des SSW, der besonders in Flensburg kräftige Einbußen hinnehmen mußte. Anstelle von 66 % erhielt er nur noch 49 % der gültigen Stimmen. Insgesamt kam er auf 7,3 %. Die übrigen Parteien waren insgesamt gesehen bedeutungslos, die DP errang jedoch in Lübeck, Hzgt. Lauenburg und im damaligen Kreis Eutin Sitze. Außerdem gelang es zwei Parteilosen, in die Kreistage von Eutin und Plön einzuziehen.

Kommunalwahl am 29. April 1951

Auch die 2. Wahlperiode der kommunalen Vertretungen war kürzer als im Wahlgesetz vorgesehen. Auf Drängen des BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten), der bei seinem erstmaligen Auftreten zur Landtagswahl 1950 einen überraschenden Erfolg hatte, wurden die kommunalen Vertretungen vorzeitig aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben (Gesetz vom 20. November 1950 — GVOBl. Schl.-H. S. 290). Die danach verabschiedete Neufassung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes vom 3. Februar 1951 (GVOBl. Schl.-H. S. 31) enthielt keine Änderungen des Wahlsystems, sondern solche wahltechnischer Art. So wurde das aktive Wahlrecht auf die den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellten volksdeutschen Flüchtlinge gemäß Art. 116 (1) GG ausgedehnt, und es ruhte nur noch bei den Personen, die im Entnazifizierungsverfahren in die Gruppe I und II eingestuft worden sind. Außerdem wurde die Gesamtzahl der je Kreis zu wählenden Vertreter auf eine ungerade Zahl festgesetzt.

Die Parteienlandschaft hatte sich völlig gegenüber den vorangegangenen Kreiswahlen verändert. Es traten neue Parteien auf, und erstmals gab es Parteiengruppen. Die Parteiengruppen setzten sich unterschiedlich zusammen. Die CDU war immer vertreten, die FDP und die DP in den Kreisen, in denen sie 1948

aufgetreten waren, und der BHE, die DKP (Deutsche Konservative Partei) und der SHW (Schleswig-Holsteiner Wählerverband) in einigen. Die Gruppen führten unterschiedliche Namen, hatten aber meistens die Zusatzbezeichnung „Deutsch“ wie zum Beispiel: Wählergemeinschaft Deutsches Flensburg, Deutsche Liste, Deutscher Wahlblock. Es kandidierten 7 Parteien auf Landesebene (SPD, SSW, BHE, KPD, SHW, FSU (Freie-Soziale Union) und der Deutsche Block), 2 Parteien auf Kreisebene (Soziale Notgemeinschaft in Flensburg und Universal Demokratische Union in Kiel) sowie 23 Parteiengruppen. Insgesamt sind das 32 Parteien und -gruppen. Hinzu kamen noch einige Parteilose.

Die Wahlbeteiligung war mit 76,5 % nicht ganz so hoch wie 1948, sie entspricht aber dem Durchschnitt bei Kommunalwahlen. Das bei den vorangegangenen Kommunalwahlen festgestellte Gefälle von hoher Wahlbeteiligung im Norden zu niedriger im Südosten

Kommunalwahl am 29. 4. 1951

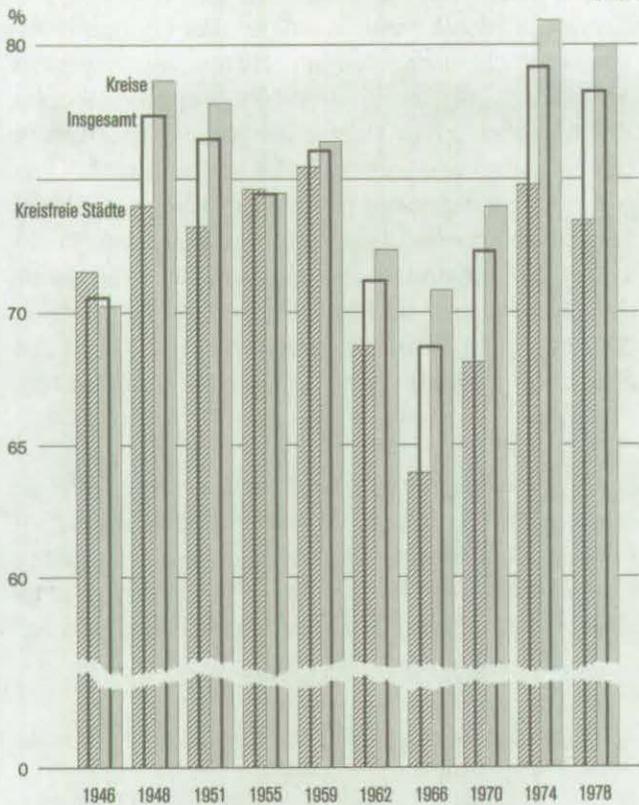
KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahl- betei- ligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf			
		SPD	SSW	BHE	Parteien- gruppen ²
in %					
FLensburg	87,1	7,4	43,4 ^a	—	47,1
KIEL	66,3	47,5	0,5	0,5	37,5
LÜBECK	75,4	39,5	—	20,3	36,8
NEUMÜNSTER	72,5	48,3	—	1,8	46,3
Kreisfreie Städte	73,2	37,5	8,0	7,5	40,0
Dithmarschen	75,7	29,3	—	13,4	51,4
Hzgt. Lauenburg	75,8	31,8	—	26,2	38,4
Nordfriesland	77,0	16,8	19,9	22,5	33,6
Ostholstein	80,8	26,7	—	34,6	27,6
Pinneberg	78,3	37,2	—	23,7	35,2
Plön	80,0	28,6	—	25,9	24,0
Rendsburg-Eckernförde	74,6	26,0	5,6	18,7	45,2
Schleswig-Flensburg	79,9	18,1	17,4	0,2	64,3
Segeberg	82,0	24,4	—	31,2	43,6
Steinburg	77,8	29,5	—	27,7	38,2
Stormarn	76,2	29,9	—	32,2	35,4
Kreise	77,8	26,9	4,4	22,5	40,6
Schleswig-Holstein	76,5	29,9	5,4	18,4	40,4

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet 2) einschließlich „Der Deutsche Block“

a) Flensburger Wählerverband (SSW + SPF)

Quelle: Sonderdienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Reihe Wahlen, Arbeits-Nr. 7 — 80 — 5, 1951

Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen



hat sich verringert. „Die Erklärung dürfte vielleicht darin zu suchen sein, daß die deutsch-dänische Auseinandersetzung im Norden des Landes nicht mehr so akut empfunden wird, während im Süden die innerpolitische Spannung durch das Auftreten des BHE gestiegen ist.“⁷ Das Nord-Süd-Gefälle der Wahlbeteiligung verringerte sich von 85,8 % zu 74,4 % im Jahre 1948 auf 79,6 % zu 77,9 %. Die Wahlbeteiligung war in Kiel mit 66,3 % am geringsten und in Flensburg mit 87,1 % wie bisher am höchsten.

Die Parteiengruppen verdrängten im Landesergebnis die SPD deutlich vom 1. Platz und erreichten insgesamt 40,4 %. In acht Kreisen erhielten sie die meisten Stimmen und in Dithmarschen sowie Schleswig-Flensburg — dort war auch der BHE beteiligt — die absolute Mehrheit. Außerdem gelang es ihnen, den SSW in Flensburg von der Spitzenposition abzulösen. Die SPD mußte insgesamt und in fast allen kreisfreien Städten und Kreisen deutliche Verluste hinnehmen. Nur in Kiel konnte sie sich verbessern und den 1. Platz zurückerobern. In Lübeck, Neumünster, Plön und Pinneberg blieb sie die stärkste Partei. Sie schnitt wie 1948 in den kreisfreien Städten (37,5 %) besser ab

7) G. H. Horn: Die Kreistagswahlen vom 29. April 1951, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 1951, S. 167

als in den Kreisen (26,9 %). Der erstmals bei einer Kommunalwahl kandidierende BHE wurde mit 18,4 % der gültigen Stimmen drittstärkste Partei. Er errang in Ostholstein die relative Mehrheit und lag in vier weiteren Kreisen an 2. Stelle. Der SSW verschlechterte sich gegenüber 1948 von 7,3 % auf 5,4 % und verlor die Mehrheit in Flensburg. Bemerkenswert ist, daß er in Nordfriesland mehr Stimmen erhielt als die SPD. Neben diesen Parteien brachte noch der SHW Kandidaten durch, und zwei Parteilose waren in jeweils einem Kreis (nach der alten Kreiseinteilung) erfolgreich.

Kommunalwahl am 24. April 1955

Das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz in der Fassung vom 29. Januar 1955 (GVOBl. Schl.-H. S. 10) brachte eine Veränderung des Wahlsystems vom teilweisen Verhältnisausgleich zum vollen Verhältnisausgleich. Damit wurde das bei Landtagswahlen und seit der 2. Bundestagswahl praktizierte System auf Kommunalwahlen übernommen. Das bisherige Mehrheitswahlsystem mit Verhältnisausgleich blieb allerdings im Grunde bestehen. Während aber bisher nur die nicht verbrauchten Stimmen den Listen gutgeschrieben wurden, werden nun alle für die unmittelbaren Bewerber abgegebenen Stimmen zur Ermittlung der Gesamtsitzzahl verwendet. Die direkt gewonnenen Sitze werden dann von der Gesamtsitzzahl abgezogen und die restlichen auf die Liste verteilt. An der Sitzverteilung können nur solche Parteien teilnehmen, die mindestens einen Bewerber direkt durchgebracht oder 5 % der gültigen Stimmen im Kreis erhalten haben. Dabei kann es zu Überhangsmandaten kommen, und zwar dann, wenn eine Partei mehr direkte Sitze erringt, als ihr nach der Gesamtsitzzahlberechnung zustehen. Sie behält dann nämlich den Mehrsitz und die Gesamtzahl der Sitze erhöht sich entsprechend. Für die Sitzverteilung wurde weiterhin das d'Hondt'sche Höchstzahlenverfahren verwendet.

Die Parteienlandschaft war 1955 noch unübersichtlicher als 1951. Es traten wieder Parteiengruppen zur Wahl an. Sie hatten aber teilweise andere Namen, setzten sich aus anderen Parteien zusammen oder waren völlige Neugründungen. Ein Vergleich ist deshalb nur sehr eingeschränkt möglich. Landesweit unter gleichem Namen kandidierten eigentlich nur die SPD, der SSW und die KPD, während CDU und FDP nur in vier bzw. zwei Kreisen auftraten und der BHE, der sich jetzt GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/BHE) nannte, in vier Kreisen einer Parteiengruppe angehörte. Es gab 30 Parteiengruppen und drei weitere Parteien (SHB (Schleswig-Holstein Block), SNG (Soziale Notgemein-

Kommunalwahl am 24. 4. 1955

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahl- betei- ligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf				
		CDU	SPD	SSW	GB/ BHE	Parteien- gruppen
in %						
FLensburg	80,1	—	14,9	36,6	—	46,6
KIEL	71,1	—	44,0	0,2	(0,2)	50,0
LÜBECK	75,2	34,3	37,6	—	13,0	5,2
NEUMÜNSTER	77,4	(0,6)	43,1	—	9,9	44,1
Kreisfreie Städte	74,6	12,0	37,2	5,7	5,8	33,2
Dithmarschen	71,4	—	33,2	—	6,1	57,5
Hzgt. Lauenburg	75,7	36,2	34,2	—	17,9	9,6
Nordfriesland	69,7	—	23,4	13,9	7,8	52,5
Ostholstein	78,7	—	33,7	—	22,5	38,8
Pinneberg	75,1	—	41,6	—	13,2	42,0
Plön	79,0	—	36,1	—	15,8	46,0
Rendsburg-Eckernf.	71,5	—	28,3	3,7	14,7	51,7
Schleswig-Flensburg	75,0	14,5	16,6	13,9	18,9	33,9
Segeberg	75,2	27,5	27,8	—	18,2	25,4
Steinburg	75,6	—	36,1	—	13,6	47,2
Stormarn	74,8	—	35,8	—	19,0	42,8
Kreise	74,5	6,5	31,4	3,0	15,4	41,1
Schleswig-Holstein	74,5	8,2	33,2	3,9	12,4	38,6

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Sonderdienst des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Reihe Wahlen, Arbeits-Nr. 7 - 80 - 3/55, 1955

schaft), BdD (Bund der Deutschen). Insgesamt bewarben sich also 39 Parteien und -gruppen und dazu kamen noch einige parteilose Bewerber. Die SRP war am 23. 10. 1954 durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgelöst worden, weil ihr Programm gegen die Verfassung verstieß.

Das Interesse an der Wahl hatte weiter abgenommen. Es gingen nur knapp drei Viertel aller Wahlberechtigten zur Wahlurne. Überraschenderweise stieg die Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten an, während sie in den Kreisen fiel. Dadurch lag die Quote in den kreisfreien Städten (74,6 %) etwas höher als in den Kreisen (74,5 %). Sie war in Flensburg mit 80,1 % wiederum am höchsten und Nordfriesland löste Kiel vom letzten Platz ab.

Trotz der unterschiedlichen Zusammensetzungen und trotz erster Auflösungserscheinungen lagen die Par-

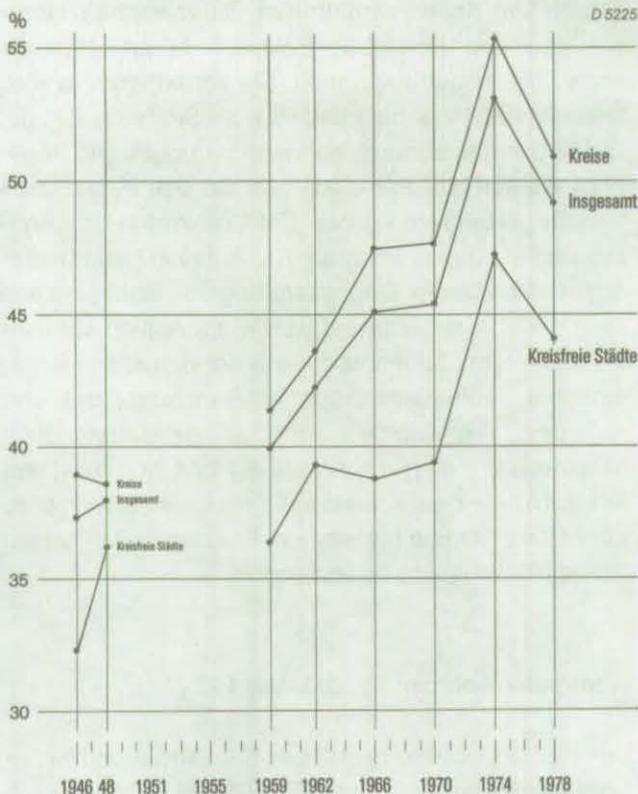
teigruppen insgesamt und in 12 der 15 kreisfreien Städte und Kreise vorn. In Kiel, Dithmarschen, Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde erhielten sie sogar die absolute Mehrheit. Sie verdrängten in Kiel, Neumünster, Pinneberg und Plön die SPD vom 1. Platz. Die SPD stellte dadurch nur noch in Lübeck und Segeberg die stärkste Partei, obwohl sie sich in fast allen Kreisen verbessern konnte. Die CDU trat in drei Kreisen und in Lübeck allein an (der Anteil in Neumünster ergibt sich aus der Eingemeindung von Gadeland aus dem Kreis Segeberg) und wurde auf Anhieb stärkste Partei im Hzgt. Lauenburg, nach der damaligen Kreiseinteilung außerdem noch in Flensburg-Land und Segeberg. Der GB/BHE verlor an Bedeutung. Sein Stimmenanteil ging von 18,4 % auf 12,4 % zurück, und er stellte in keinem Kreis die Mehrheit. Der SSW mußte ebenfalls Einbußen hinnehmen. Er konnte aber seinen 2. Platz in Flensburg verteidigen.

Kommunalwahl am 25. Oktober 1959

Die Wahlen wurden nach dem Gemeinde- und Kreiswahlgesetz vom 25. März 1959 (GVOBl. Schl.-H. S. 13) durchgeführt, das in einigen Bestimmungen vom bisherigen Wahlrecht abwich. Auf zwei Änderungen, die besondere Bedeutung hatten, soll hier näher eingegangen werden.

Am Verhältnisausgleich auf Grund von Listenwahlvorschlägen durften nur noch die politischen Parteien im Sinne des Artikels 21 GG teilnehmen, während Wählerzusammenschlüsse, wie Rathausparteien und Parteiengruppen, vom Listenprivileg ausgeschlossen wurden. Sie wurden also wie Einzelbewerber behandelt. Das hatte zur Folge, daß es bis auf einen Fall bei den Kommunalwahlen 1959 derartige Wählerzusammenschlüsse nicht mehr gab. Die Parteien hatten jedoch die Möglichkeit, ihre Listen miteinander zu verbinden, um so eine günstigere Berechnung der Gesamtsitze zu erreichen. Der schleswig-holsteinische Landtag kam zu dieser Entscheidung, weil nach mehreren Urteilen des Bundesverfassungsgerichts in den Gemeinden und Kreisen eine politische Willensbildung im Sinne des Art. 21 GG nicht stattfindet und damit reine Kommunalparteien nicht als Parteien im Sinne des Grundgesetzes anzusehen sind. Da die Festlegung des Parteienbegriffs der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes unterliegt, konnte der Landesgesetzgeber diesen für Kommunalwahlen nicht im abweichenden Sinne bestimmen. Das Bundesverfassungsgericht hat in späteren Entscheidungen diese Auffassung modifiziert und den Landesgesetzgeber angewiesen, auch unpolitische Wählergruppierungen in bezug auf das

Stimmenanteile der CDU bei Kommunalwahlen



1951 nicht allein, sondern nur zusammen mit anderen Parteien als Parteiengruppe und 1955 nur in einigen Kreisen angetreten

Listenwahlvorschlagsrecht ebenso zu behandeln wie die politischen Parteien. Deshalb tauchten, wie noch zu zeigen sein wird, bei der Kommunalwahl 1962 wieder kommunale Wählervereinigungen auf.

Weiterhin wurde erstmals bei einer Kommunalwahl in Anlehnung an die Bundestagswahl die Briefwahl zugelassen. Der Wahlberechtigte konnte also seine Stimme nicht nur innerhalb des Wahlgebietes mit einem Wahlschein abgeben, sondern auch von außerhalb oder vor dem Wahltag. Gegenüber heute war die Briefwahl aber erschwert, da die Unterlagen nur auf besonderen Antrag mit Begründung ausgegeben wurden. Der Anteil der Briefwähler an allen Wählern machte deshalb auch nur knapp 3 % aus.

Da die Wählervereinigungen und die Parteiengruppen vom Listenprivileg ausgeschlossen waren, beteiligten sich nur 9 Parteien, eine Wählervereinigung und einige Parteilose an der Wahl, und zwar: CDU, SPD, FDP, SSW, GB/BHE, DP, BdD, DRP, uSHB (unabhängiger Schleswig-Holstein-Block) und GSHR (Gemeinschaft Schleswig-Holsteinische Rathauspartei). Die KPD durfte nicht mehr kandidieren, da sie durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 für verfassungswidrig erklärt worden war.

Die Wahlbeteiligung war etwas höher als 1955 und entsprach aus heutiger Sicht mit 76,1 % dem Durchschnitt. Sie war in den Kreisen um einen Punkt höher als in den kreisfreien Städten. Bemerkenswert ist, daß sie in Flensburg von der Spitzenposition in eine unterdurchschnittliche Stellung zurückging. Auf den 1. Platz der Wahlbeteiligungsskala rückte nun der Kreis Plön und den letzten Platz nahm der Kreis Nordfriesland ein. Das ist auch bei fast allen späteren Wahlen der Fall gewesen.

Der CDU gelang es, nachdem sie in den letzten beiden Wahlen nicht landesweit selbständig aufgetreten war, auf Anhieb, stärkste Partei zu werden. Der Abstand zur SPD machte allerdings nur drei Prozentpunkte aus. Sie schnitt in den Kreisen (41,4 %) besser ab als in den kreisfreien Städten (36,4 %). In acht der elf Kreise erhielt sie die meisten Stimmen und in Schleswig-Flensburg sogar über die Hälfte. Demgegenüber liegt sie in keiner kreisfreien Stadt vorn und kam in

Kommunalwahl am 25. 10. 1959

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					
		CDU	SPD	FDP	SSW	GB/BHE	
in %							
FLensburg	74,3	30,9	22,8	3,0	31,6	7,4	
KIEL	75,1	37,8	50,0	6,7	0,2	1,8	
LÜBECK	76,1	39,6	42,3	6,5	—	7,2	
NEUMÜNSTER	75,8	29,3	47,5	16,7	—	5,7	
Kreisfreie Städte	75,4	36,4	43,3	7,3	4,4	4,9	
Dithmarschen	75,9	47,4	32,8	9,0	—	3,3	
Hzgt. Lauenburg	78,3	41,5	37,1	8,9	—	9,8	
Nordfriesland	72,4	45,6	25,5	8,4	10,7	6,7	
Ostholstein	79,9	39,0	35,9	8,2	—	14,5	
Pinneberg	74,3	34,5	44,7	8,9	—	9,2	
Plön	81,1	43,9	39,4	4,5	—	11,5	
Rendsburg-Eckernf.	75,3	45,0	32,4	6,2	2,4	8,4	
Schleswig-Flensburg	75,7	50,7	19,1	4,6	10,7	9,6	
Segeberg	76,2	33,8	30,3	23,4	—	12,3	
Steinburg	78,4	36,5	36,7	13,5	—	9,7	
Stormarn	75,5	37,7	38,4	13,7	—	10,0	
Kreise	76,4	41,4	33,9	9,6	2,2	9,5	
Schleswig-Holstein	76,1	39,9	36,9	8,9	2,9	8,1	

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, B III 3 — 2/59, 1959

Neumünster mit 29,3 % auf das landesweit schlechteste Ergebnis. Die SPD verbesserte sich insgesamt und bis auf Dithmarschen in allen kreisfreien Städten und Kreisen. Es reichte aber wiederum nur zum 2. Platz. In Kiel konnte die SPD die Mehrheit zurückerobern und sie erhielt außerdem noch die meisten Stimmen in Lübeck, Neumünster, Pinneberg, Steinburg und Stormarn, wobei der Abstand zur CDU in den beiden letzteren Kreisen sehr knapp war. Die Tendenz, daß die SPD in den kreisfreien Städten besser abschneidet als in den Kreisen, wird bei dieser Wahl deutlich sichtbar. Der Unterschied macht fast zehn Punkte aus. Die FDP stabilisierte sich als drittstärkste Partei. Sie erhielt in Segeberg 23,4 % der gültigen Stimmen, ein Ergebnis, das sie nie mehr bei einer Kreiswahl erreichte. Der GB/BHE schrumpfte insgesamt und in den meisten Kreisen auf einen Anteil von weniger als einem Zehntel zusammen. Nur in seiner alten Domäne in Ostholstein schnitt er mit 14,5 % etwas günstiger ab. Der SSW konnte ebenfalls die Anteile der früheren Kommunalwahlen nicht halten. Er erhielt insgesamt nur noch 2,9 % der gültigen Stimmen. Er stellte aber in Flensburg mit 31,6 % die stärkste Partei. Von den übrigen Parteien kam keine insgesamt nur annähernd an die 5%-Grenze heran. Die DP und der uSHB übersprangen sie jedoch in drei bzw. zwei Kreisen, so daß sie dort Sitze erhielten.

Die Kommunalwahl am 11. März 1962

Die Legislaturperiode der kommunalen Vertretungen wurde wieder einmal verkürzt. Durch das Gesetz vom 27. September 1961 (GVOBl. Schl.-H. S. 145) wurde bestimmt, daß die Vertretungen der Gemeinden und Kreise unverzüglich neu zu wählen seien. Hier spielte der schon erwähnte Ausschluß der Wählergruppen vom Listenprivileg eine Rolle. In der Neufassung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes vom 5. Dezember 1961 (GVOBl. Schl.-H. S. 183) wurde deshalb festgelegt, daß neben den politischen Parteien auch Wählergruppen Listenvorschläge einreichen dürfen. Damit war die Chancengleichheit wieder hergestellt. Dazu gehört aber auch, daß an die Wählergruppen die gleichen Anforderungen wie an die politischen Parteien gestellt werden. Dabei handelt es sich in erster Linie um Satzung und Programm. Die Satzung kann sehr kurz gefaßt sein. Sie braucht nur den Namen und Zweck der Wählergruppe, ihren Sitz und die Regelung der Mitgliedschaft zu enthalten. Irgendeine Rechtsform — etwa als eingetragener Verein — ist nicht erforderlich. Das Programm einer solchen Wählergruppe kann sehr kurz sein und in einer Bestimmung der Satzung seinen Platz finden. Außerdem wurde der Beginn

der Wahlzeit vom 1. November auf den 1. April verlegt. Die Wahlen müssen deshalb im letzten Märzmonat der Wahlzeit stattfinden. Diese Regelung hat noch heute Gültigkeit. Für die Änderung der Wahlzeit sprach die Verschiebung des Haushaltsjahres auf das Kalenderjahr. Bisher war das Haushaltsjahr vom 1. April bis zum 31. März gelaufen. Durch die Änderung kollidieren die Haushaltsberatungen nicht mehr mit den Wahlen. Während der Beratungen zu diesem Gesetz waren auch Bestrebungen im Gange, die Wahlzeit auf fünf Jahre auszudehnen, um den Vertretungen eine größere Kontinuität in ihrer Arbeit zu geben und eine Überforderung des Wählers durch eine Häufung von Wahlen zu vermeiden. Diese Bestrebungen wurden aber nicht weiter verfolgt, weil man zu dem Ergebnis kam, daß man einer Verlängerung nur nähertreten könne, wenn auch die Wahlperiode des Landtages und des Bundestages in gleicher Weise verlängert wird. Es blieb also bei einer Wahlperiode von grundsätzlich vier Jahren, die auch bis heute eingehalten wurde.

Kommunalwahl am 11. 3. 1962

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahl- betei- ligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					in %
		CDU	SPD	FDP	SSW	GDP	
FLensburg	69,6	33,4	28,9	5,8	27,7	4,2	
KIEL	67,2	41,7	50,3	5,7	0,1	1,2	
LÜBECK	69,0	40,4	45,4	7,0	—	3,6	
NEUMÜNSTER	71,6	35,4	50,9	11,6	—	0,8	
Kreisfreie Städte	68,7	39,3	45,6	6,9	4,0	2,4	
Dithmarschen	71,5	49,4	32,8	12,8	—	3,2	
Hzgt. Lauenburg	73,8	44,3	39,7	8,5	—	6,1	
Nordfriesland	70,4	46,0	26,6	12,6	8,5	4,3	
Ostholstein	76,3	40,3	36,9	9,1	—	10,7	
Pinneberg	71,8	39,5	42,9	12,4	—	3,5	
Plön	77,4	41,3	42,2	9,1	—	7,3	
Rendsburg-Eckernf.	69,9	48,5	34,6	9,7	2,0	5,2	
Schleswig-Flensburg	71,7	51,9	21,1	11,1	9,7	6,2	
Segeberg	70,8	39,1	32,8	21,5	—	6,2	
Steinburg	73,3	38,3	38,0	17,4	—	6,3	
Stormarn	69,9	39,3	38,8	14,8	—	5,8	
Kreise	72,3	43,6	35,2	12,4	1,9	5,9	
Schleswig-Holstein	71,2	42,3	38,3	10,7	2,5	4,8	

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, B III 3 — 5/62, 1962

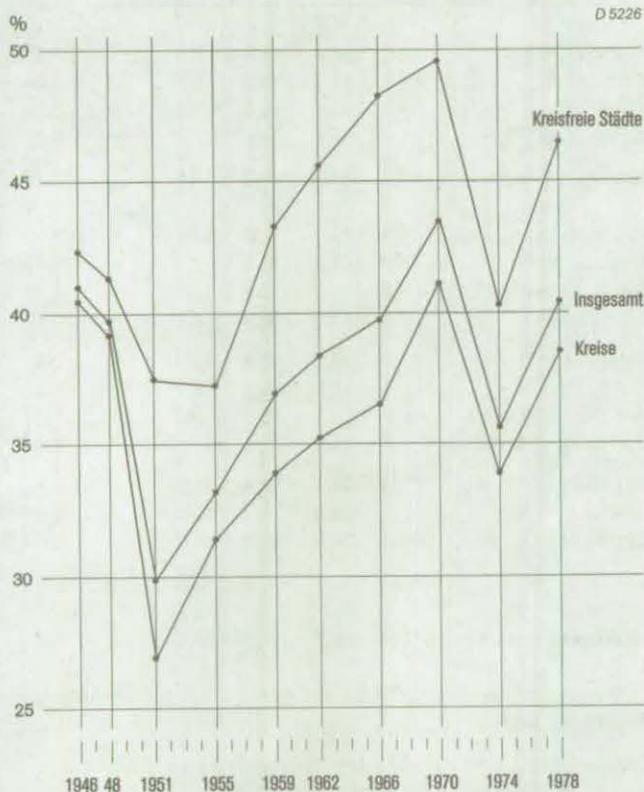
An der Kreiswahl 1962 beteiligten sich sieben Parteien (CDU, SPD, FDP, SSW, GDP (Gesamtdeutsche Partei/DP-BHE, bisher: GB/BHE), DFU (Deutsche Friedens-Union) und uSHB), sechs Wählergruppen und drei Einzelbewerber. Die Anzahl der politischen Parteien hat sich gegenüber 1959 um zwei vermindert. Bei der Sitzverteilung kamen die DFU und der uSHB nicht zum Zuge. Von den Einzelbewerbern kam einer durch und von den Wählergruppen gelangten zwei in die Kreistage.

Die Wahlbeteiligung war mit 71,2 % um fast fünf Prozentpunkte niedriger als 1959 und fast so gering wie 1946. Es trat erstmals ein deutliches Gefälle zwischen den kreisfreien Städten (68,7 %) und den Kreisen (72,3 %) auf. Im Kreis Plön war das Wahlinteresse wiederum am größten, Kiel löste jedoch Nordfriesland vom letzten Platz ab und auch in Flensburg, dem einstigen Spitzenreiter, war das Interesse sehr gering. Es hatte sich offensichtlich eine wegen der nahe beieinanderliegenden Wahltermine gewisse Wahlmüdigkeit breitgemacht. Zur Bundestagswahl im Herbst 1961 sind noch 88,0 % zur Wahl gegangen und zur Landtagswahl im Herbst 1962 sollten es nur 70,1 % sein.

Die drei erstplazierten Parteien der Kommunalwahl 1959 vergrößerten ihre Anteile und behielten ihre Plätze

in der Rangfolge. Die CDU vereinigte insgesamt 42,3 % der gültigen Stimmen auf sich und vergrößerte den Abstand zur SPD um einen Punkt. Sie eroberte in Flensburg, Steinburg und Stormarn die Mehrheit und verlor sie in Plön, so daß sie in 10 der 15 kreisfreien Städte und Kreise an der Spitze lag. Sie konnte in Schleswig-Flensburg ihre absolute Mehrheit ausbauen. Die SPD verbesserte sich gegenüber 1959 bis auf Dithmarschen und Pinneberg in allen kreisfreien Städten und Kreisen. Sie lag aber nur noch in fünf von diesen an der 1. Stelle. In Kiel und Neumünster verfügte sie allerdings über die absolute Mehrheit. In allen anderen Kreisen und in Flensburg nahm sie den 2. Platz ein. Der Rückstand zur CDU schwankte dort zwischen 0,3 Punkten in Steinburg und 30,8 Punkten in Schleswig-Flensburg. Einen solchen Vorsprung weist die SPD in keinem ihrer siegreichen Kreise auf. Der Zuwachs der FDP ergab sich allein durch ihr besseres Abschneiden in den Kreisen. Während ihr Anteil in den kreisfreien Städten von 7,3 % auf 6,9 % zurückging, stieg er in den Kreisen von 9,6 % auf 12,4 %. In sieben Kreisen und in Neumünster erhielt sie mehr als ein Zehntel der gültigen Stimmen und in Segeberg waren es sogar 21,5 %. Hier konnte sie allerdings nicht ganz ihr Ergebnis von 1959 halten. Die FDP nahm bis auf Flensburg und Ostholstein in allen kreisfreien Städten und Kreisen den 3. Platz ein, den vorher teilweise der GB/BHE und der SSW innegehabt hatten. Die GDP (bisher: GB/BHE) verlor immer mehr an Bedeutung und ihr Anteil sank insgesamt auf unter 5 %. Sie übersprang nur noch in acht Kreisen die 5 %-Grenze und kam in ihrer Domäne in Ostholstein auf 10,7 %.

Stimmenanteile der SPD bei Kommunalwahlen



Kommunalwahl am 13. März 1966

Bei den Kommunalwahlen kommt es häufiger zu den schon angesprochenen Überhangmandaten als bei Bundes- und Landtagswahlen, weil die Wahlbezirke durch die örtlichen Gegebenheiten eher unterschiedlich groß sind. Bei der Einteilung der Wahlbezirke sollen nämlich Verwaltungsgrenzen nicht durchschnitten werden. Die unterschiedliche Größe kann dazu führen, daß eine Partei wegen des Übergewichts der direkten Sitze die Mehrheit erhält, obwohl dies ihrem verhältnismäßigen Sitzanteil nicht entspricht. Durch das Änderungsgesetz vom 17. September 1965 (GVOBl. Schl.-H. S. 73) wurde diese Ungleichheit beseitigt. Danach werden, wenn Mehrsitze entstanden sind, solange weitere Sitze auf alle Parteien und Wählergruppen verteilt, bis der ursprüngliche Mehrsitz durch den verhältnismäßigen Stimmenanteil gedeckt ist. Dabei können die zusätzlichen Sitze entweder einer anderen Partei oder Wählergruppe zufallen als der, die den Mehrsitz

errungen hat (= „Weiterer Sitz“), oder derselben Partei. Im letzteren Fall werden keine „weiteren Sitze“ verteilt. Da es vorkommen kann, daß die neue Regelung eine übermäßige Vergrößerung der Kommunalvertretung nach sich zieht, hat der Gesetzgeber eine Schranke eingefügt. Die Zahl der weiteren Sitze darf höchstens doppelt so groß sein wie die der ursprünglichen Mehrsitze. Ist ein Mehrsitz dadurch nicht gedeckt, so bleibt er als Überhangmandat bestehen. Dieser Fall ist bisher nicht eingetreten.

An der Kommunalwahl 1966 beteiligten sich weniger Parteien und Einzelbewerber als 1962. Dafür traten aber mehr Wählergruppen auf. Es kandidierten fünf Parteien (CDU, SPD, FDP, SSW und GPD — die Gesamtdeutsche Partei durfte die Abkürzung GDP auf Einspruch der Gewerkschaft der Polizei nicht mehr verwenden), neun Wählergruppen und zwei Einzelbewerber. Beim Rennen um die Sitze blieben die GPD, vier Wählergruppen und die Einzelbewerber auf der Strecke.

Kommunalwahl am 13. 3. 1966

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahl- betei- ligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					Wähler- gruppen
		CDU	SPD	FDP	SSW		
in %							
FLENSBURG	65,1	34,4	32,4	6,0	26,2	—	
KIEL	61,3	35,9	51,8	5,3	0,1	6,8	
LÜBECK	64,8	43,5	49,6	6,9	—	—	
NEUMÜNSTER	68,9	39,7	50,8	8,6	—	—	
Kreisfreie Städte	63,9	38,8	48,2	6,4	3,7	2,5	
Dithmarschen	72,0	51,4	34,8	13,3	—	0,5	
Hzgt. Lauenburg	72,6	46,8	38,9	6,7	—	7,6	
Nordfriesland	68,1	47,8	29,2	12,6	7,5	2,1	
Ostholstein	73,0	45,1	39,4	9,3	—	6,3	
Pinneberg	70,7	46,5	42,9	10,7	—	—	
Plön	75,1	46,2	42,6	6,9	—	—	
Rendsburg-Eckernf.	69,1	50,5	35,7	9,9	1,5	—	
Schleswig-Flensburg	69,6	52,6	23,3	9,4	8,7	5,9	
Segeberg	68,8	45,8	35,4	16,8	—	—	
Steinburg	72,4	42,8	38,4	14,9	—	—	
Stormarn	69,2	45,7	40,0	14,2	—	—	
Kreise	70,8	47,5	36,5	11,2	1,6	2,0	
Schleswig-Holstein	68,7	45,1	39,8	9,8	2,2	2,2	

1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes
Schleswig-Holstein, B III 3 — 4/66, 1966

Die Wahlbeteiligung war die niedrigste aller nach dem Kriege in Schleswig-Holstein durchgeführten Wahlen. Nur 68,7 % aller Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung ist in allen kreisfreien Städten und Kreisen, bis auf Dithmarschen, gegenüber 1962 zurückgegangen und bei ersteren bedeutend stärker. In den kreisfreien Städten beteiligten sich 63,9 % der Wahlberechtigten und in den Kreisen immerhin 70,8 %. Die Stadt Kiel liegt wieder am Ende der Wahlbeteiligungsskala und der Kreis Plön abermals an der Spitze. Eine Stichprobenerhebung zeigt, daß die jüngeren Menschen entscheidend zur geringen Wahlbeteiligung beigetragen haben. Nicht einmal die Hälfte der 21- bis 25jährigen ging zur Wahl, und auch bei den 25- bis 30jährigen ist das Wahlinteresse nicht viel größer gewesen. Von den 50- bis 70jährigen haben dagegen über drei Viertel gewählt.

Die CDU ging wie 1962 als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Sie erhöhte ihren Anteil von 42,3 % auf 45,1 % und gleichzeitig ihren Vorsprung gegenüber der SPD von 4,0 auf 5,3 Prozentpunkte. Diesen Zuwachs errang sie allein in den Kreisen. Er verhalf ihr allerdings dort zum totalen Erfolg. Sie verdrängte die SPD nun auch in Pinneberg und Plön vom 1. Platz und verfügte in Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg über die absolute Mehrheit. Am kräftigsten nahm die CDU in Pinneberg zu, während sie in Kiel den einzigen Rückgang hinnehmen mußte. Dies führte dazu, daß sich ihr Anteil in den kreisfreien Städten insgesamt verringerte, obwohl er in den drei anderen zunahm. Die SPD mußte sich, obwohl sie sich fast überall verbesserte, in allen Kreisen mit dem 2. Platz begnügen. Der Rückstand zur CDU vergrößerte sich fast überall, im Gesamtergebnis der Kreise machte er elf Punkte aus. Demgegenüber konnte die SPD ihren Vorsprung in Kiel und Lübeck ausbauen und damit die absolute Mehrheit festigen oder fast erreichen. Außerdem verteidigte die SPD noch die absolute Mehrheit in Neumünster. Die FDP und der SSW konnten ihre Anteile von 1962 etwa halten. Die Wählergruppen übersprangen in Kiel, Hzgt. Lauenburg, Ostholstein und Schleswig-Flensburg die 5 %-Grenze und waren insgesamt genau so stark wie der SSW. Die GPD, die nicht in allen Kreisen Kandidaten aufgestellt hatte, fiel auf 0,8 % zurück und muß als der große Verlierer der Wahlen angesehen werden.

Kommunalwahl am 26. April 1970

Durch das Gesetz über die Herabsetzung des Wahlalters für die Wahlen zum Landtag und zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen vom 19. Juni 1969

(GVOBl. Schl.-H. S. 110) wurde das aktive Wahlalter von 21 auf 18 Jahre und das passive Wahlalter von 25 auf 23 Jahre herabgesetzt. Damit waren die 18jährigen erstmals bei einer Wahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt. Eine weitere bedeutsame Änderung brachte die Gebietsneueinteilung. Durch das zweite Gesetz einer Neuordnung von Gemeinde- und Kreisgrenzen vom 23. Dezember 1969 (GVOBl. Schl.-H. S. 280) wurde Schleswig-Holstein statt bisher in 17 Kreise mit Wirkung vom 26. April 1970, dem Tage der Kommunalwahl, in zwölf Kreise eingeteilt. Die Zahl der kreisfreien Städte blieb mit vier unverändert, da man sich nicht über die Zuordnung von Flensburg-Land einigen konnte. Es stand eine Zusammenlegung mit Flensburg oder — wie es vier Jahre später geschah — mit Schleswig zur Debatte. Für das Wahlrecht brachte die Neuordnung die Besonderheit, daß die Wahlgebiete die Gemeinden und Kreise sind, wie sie am Wahltag bestehen. Die Zuständigkeit der Wahlorgane erstreckte sich daher auf Gebiete, die noch gar nicht existierten. Es mußte deshalb ein besonderes Gesetz über die Durchführung dieser Wahl geschaffen werden (Gesetz vom 23. Dezember 1969, GVOBl. Schl.-H. S. 289).

Bei der Kommunalwahl 1970 bewarben sich fünf Parteien (CDU, SPD, FDP, SSW und NPD — Nationaldemokratische Partei Deutschlands —) fünf Wählergruppen und sechs Einzelbewerber um die Sitze. Gegenüber der letzten Wahl hatte sich die Zahl der Wählergruppen um vier verringert, die der Einzelbewerber um drei erhöht, die GPD verzichtete auf eine Kandidatenaufstellung und die NPD war erstmals vertreten. Der NPD war es 1967 auf Anhieb gelungen, in den Landtag einzuziehen und sie wollte nun ihren Erfolg auf kommunaler Ebene fortsetzen.

Die Wahlbeteiligung war auf 72,3 % angestiegen. Wenn man bedenkt, daß die CDU 578 000 und die SPD 553 000 Stimmen erhielt, daß aber 500 000 Schleswig-Holsteiner gar nicht zur Wahl gingen, so ist dies doch eine beachtliche Zahl. Wie stark das Wahlinteresse nachläßt, wenn binnen kurzer Zeit eine zweite Wahl stattfindet, zeigt sich am Beispiel einer Nachwahl in Pinneberg. In einem Wahlbezirk der Stadt Pinneberg mußte die Kreiswahl sechs Wochen später nachgeholt werden, weil der Kandidat kurz vor dem ursprünglichen Wahltag verstorben war. Nur 28,6 % der Wahlberechtigten beteiligten sich an dieser Nachwahl, die keine Auswirkungen auf die Sitzverteilung im Kreistag hatte. Dadurch wurde die Wahlbeteiligung im ganzen Land von 72,4 % auf 72,3 % gedrückt. Im Kreis Pinneberg sank sie von 74,4 % auf 72,8 %. Das Wahlinteresse der erstmals wahlberechtigten 18- bis 21jährigen war

Kommunalwahl am 26. 4. 1970

KREISFREIE STADT Kreis ¹	Wahl- betei- ligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf			
		CDU	SPD	FDP	SSW
		in %			
FLENSBURG	66,6	34,8	40,7	3,1	21,1
KIEL	65,3	35,4	53,6	3,8	0,1
LÜBECK	71,3	43,8	48,3	5,2	—
NEUMÜNSTER	69,4	43,8	51,2	5,0	—
Kreisfreie Städte	68,1	39,4	49,6	4,4	2,9
Dithmarschen	75,3	51,2	36,6	7,5	—
Hzgt. Lauenburg	76,0	48,6	43,5	5,2	—
Nordfriesland	70,5	47,7	36,5	7,0	5,9
Ostholstein	76,4	44,4	43,2	5,2	—
Pinneberg	72,8	45,5	45,4	6,1	—
Plön	78,1	45,7	46,3	5,1	—
Rendsburg-Eckernförde	72,6	49,4	42,1	4,8	1,1
Schleswig-Flensburg	72,6	51,0	32,0	5,2	7,1
Segeberg	71,8	47,6	39,8	8,4	—
Steinburg	75,8	48,6	40,5	7,3	—
Stormarn	74,6	45,5	43,9	7,7	—
Kreise	74,0	47,6	41,1	6,2	1,2
Schleswig-Holstein	72,3	45,4	43,5	5,7	1,7

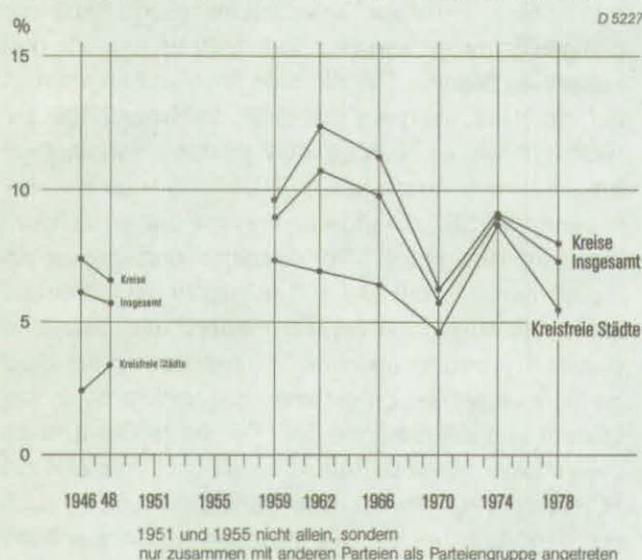
1) Die Ergebnisse wurden auf die seit 1974 gültige Kreiseinteilung umgerechnet

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes
Schleswig-Holstein, B VII 3 — 1/74, 1973

zwar mit sechs Zehntel unterdurchschnittlich, aber um fast zehn Punkte höher als das der bisherigen Jungwähler, den 21- bis 25jährigen. Die Wahlbeteiligung war wie üblich in den kreisfreien Städten geringer als in den Kreisen, und die Bürger der Stadt Kiel beteiligten sich wieder am wenigsten an der Wahl und die des Kreises Plön abermals am häufigsten. Ein Vergleich mit der Gemeindegröße zeigt, daß die Wahlbeteiligung mit wachsender Gemeindegröße fällt.

Die CDU ging zwar wie 1966 als stärkste Partei aus der Wahl hervor, ihr Zuwachs war aber gering und der Abstand zur SPD hat sich von 5,3 auf 1,9 Punkte verringert. In den meisten Kreisen mußte sie sogar Einbußen hinnehmen. Sie führten dazu, daß sie in Rendsburg-Eckernförde die absolute Mehrheit verlor und in Plön die Mehrheit an die SPD abtreten mußte. Inwieweit die von der CDU getragene Gebietsreform eine Rolle gespielt hat, läßt sich nicht quantifizieren. Das gleiche gilt für die Ausdehnung des Wahlrechts auf die 18- bis 21jährigen, obwohl hier zu vermuten ist, daß die SPD davon profitiert hat. Die jungen Jahrgänge

Stimmenanteile der FDP bei Kommunalwahlen



wählen bekanntlich häufiger die SPD als die CDU. Der kräftige Zuwachs der SPD, der ihr das beste Ergebnis aller Kommunalwahlen einbrachte, läßt sich jedoch nicht allein durch diese Veränderungen erklären. Wahrscheinlich spielt auch das schlechte Abschneiden der FDP, die sich damals im Umbruch befand, eine Rolle. Die SPD konnte aber trotz dieses günstigen Ergebnisses die CDU nur in Flensburg und Plön vom 1. Platz verdrängen und verfehlte dieses Ziel in Pinneberg knapp. Sie baute ihre absolute Mehrheit in Kiel und Neumünster aus und ihr Anteil ging nur in Lübeck etwas zurück. Der Stimmenanteil der FDP ging kräftig auf 5,7 % zurück. Ein solch ungünstiges Ergebnis hatte die FDP nur noch 1948 gehabt. Sie erreichte in keinem Kreis 10 % und in Flensburg, Kiel und Rendsburg-Eckernförde blieb sie sogar unter der 5%-Grenze. Die Stimmen des SSW verringerten sich auf den heute für ihn üblichen Anteil. Von den Wählergruppen war nur die Freie Wählergemeinschaft Flensburg-Land erfolgreich, während die NPD und die Einzelbewerber nicht zum Zuge kamen.

Kommunalwahl am 24. März 1974

Das Wahlrecht blieb im Prinzip unverändert. Das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz in der Fassung vom 25. August 1973 (GVOBl. Schl.-H. S. 292) enthielt nur einige Änderungen in der technischen Durchführung der Wahl. So wurde beispielsweise die Teilnahme an der Briefwahl erleichtert. Bisher mußte der Wahlberechtigte mündlich oder schriftlich aus eigener Initiative einen formlosen Antrag stellen, jetzt wurde jeder Wahlbenachrichtigung ein Vordruck für einen Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheines beigelegt. Der Anteil der Briefwähler hat sich dadurch auf 6,5 % erhöht.

Durch das dritte Gesetz einer Neuordnung von Gemeinde- und Kreisgrenzen vom 3. Juli 1973 (GVOBl. Schl.-H. S. 268) wurden außerdem die Kreise Schleswig und Flensburg-Land zum neuen Kreis Schleswig-Flensburg vereinigt.

Zur Kommunalwahl 1974 bewarben sich fünf Parteien (CDU, SPD, FDP, SSW und DKP — Deutsche Kommunistische Partei —), zwei Wählergruppen und ein Einzelbewerber. Gegenüber der letzten Kommunalwahl hatte sich die Zahl der Wählergruppen um drei und die der Einzelbewerber um fünf verringert. Die NPD verzichtete auf eine Kandidatenaufstellung und die DKP war erstmals vertreten.

Das Wahlinteresse ist bei dieser Kommunalwahl so groß wie noch nie gewesen. Es erreichte mit 79,2 % eine Höhe, die bisher Landtagswahlen vorbehalten war. Obwohl die Wahlbeteiligung in allen kreisfreien Städten gegenüber 1970 gestiegen ist, ergibt sich in der Reihenfolge das bekannte Bild. In den kreisfreien Städten war das Wahlinteresse wie üblich geringer als in den Kreisen, und an der Spitze steht der Kreis Plön und am Ende die Stadt Kiel.

Kommunalwahl am 24. 3. 1974

KREISFREIE STADT Kreis	Wahl- betei- ligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf			
		CDU	SPD	FDP	SSW
in %					
FLENSBURG	73,8	40,5	32,5	6,8	19,8
KIEL	72,4	46,0	43,6	8,6	0,1
LÜBECK	77,4	49,3	40,3	9,5	—
NEUMÜNSTER	76,0	51,4	38,9	8,8	—
Kreisfreie Städte	74,8	47,2	40,3	8,7	2,8
Dithmarschen	81,3	59,7	32,2	8,1	—
Hzgt. Lauenburg	82,6	54,6	34,9	10,1	—
Nordfriesland	76,4	54,2	30,1	10,1	5,6
Ostholstein	81,7	53,7	37,6	8,8	—
Pinneberg	81,7	53,4	33,7	11,5	—
Plön	83,9	53,6	38,7	7,2	—
Rendsburg-Eckernförde	79,9	55,8	34,2	8,9	0,9
Schleswig-Flensburg	78,0	53,9	28,1	7,5	6,8
Segeberg	80,4	56,0	30,5	13,5	—
Steinburg	82,1	56,9	33,8	8,9	—
Stormarn	82,7	57,4	39,0	3,3	—
Kreise	80,9	55,3	33,9	9,1	1,2
Schleswig-Holstein	79,2	53,1	35,6	9,0	1,6

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes
Schleswig-Holstein, B VII 3 — 1/78, 1977

Die CDU setzte bei der Kommunalwahl 1974 neue Maßstäbe. Sie erhielt 53,1 % der gültigen Stimmen. Es ist ihr damit nach den Landtagswahlen 1971 zum zweiten Male gelungen, bei einer Wahl in Schleswig-Holstein die absolute Mehrheit zu erringen. Es ist gleichzeitig das beste Ergebnis, das jemals eine Partei in Schleswig-Holstein erzielte. Sie verbesserte sich gegenüber 1970 um 7,7 Prozentpunkte und konnte ihren Vorsprung zur SPD von 1,9 auf 17,5 Punkte ausdehnen. Die CDU hat in allen kreisfreien Städten und Kreisen ihre Anteile erhöht und errang in allen Kreisen und in Neumünster die absolute Mehrheit. Am günstigsten schnitt die CDU in Dithmarschen (59,7 %) ab. Aber selbst in dem Kreis mit dem relativ geringsten CDU-Anteil, in Pinneberg (53,4 %), macht der Abstand zur SPD fast zwanzig Punkte aus. Auch in allen kreisfreien Städten erhielt die CDU mehr Stimmen als die SPD, wenn auch die Anteile nicht so hoch waren wie in den Kreisen. In Kiel brach sie die absolute Mehrheit der SPD und in Neumünster wandelte sie die absolute Mehrheit der SPD in eine eigene um. Bei der SPD ist die Aufwärtsentwicklung der letzten Wahlen nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern in einen kräftigen Rückgang umgeschlagen. Sie erhielt 35,6 % der gültigen Stimmen und verschlechterte sich um 7,9 Punkte. Nur bei den Kommunalwahlen 1951 und 1955, die wegen des Auftretens der Parteiengruppen nicht ohne weiteres vergleichbar sind, hatte sie noch schlechter abgeschnitten. Selbst in ihren Hochburgen, den kreisfreien Städten, mußte sie der CDU den 1. Platz einräumen. Dort veränderte sich der Vorsprung von 10,2 Punkte in einen Rückstand von 6,9 Punkte gegenüber der CDU. In den Kreisen vergrößerte sich der Rückstand von 6,5 Punkte auf 21,4 Punkte. Man muß, auch bei zurückhaltender Interpretation, von einem Erdbeben sprechen. Die FDP überwand ihr Tief von 1970,

erreichte aber nicht die Ergebnisse der davorliegenden Kommunalwahlen. Sie erhielt insgesamt 9,0 % der gültigen Stimmen und verdoppelte ihren Anteil in den kreisfreien Städten. Der niedrige Anteil in Stormarn ist auf die Nichtzulassung mehrerer Wahlvorschläge zurückzuführen. Es wurden dort bindend vorgeschriebene Termine versäumt. Die FDP hat in den Kreisen, in denen die SPD die größten Verluste hatte, die höchsten Gewinne erzielt. Ob allerdings dazwischen ein Zusammenhang besteht, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Es ist jedoch bemerkenswert, daß gerade in diesen Kreisen der absolute Stimmengewinn der CDU geringer ist als der Zuwachs an gültigen Stimmen insgesamt und die Gewinne der FDP viel größer sind als die Verluste der SPD. Rein rechnerisch müßte also die FDP sowohl von der höheren Wahlbeteiligung als auch von den Verlusten der SPD profitiert haben. Der SSW konnte zwar seine Stimmenzahl erhöhen, sein Anteil ging aber wegen der höheren Wahlbeteiligung von 1,7 % auf 1,6 % zurück. Die DKP, die Wählergruppen und der Einzelbewerber erhielten jeweils nicht einmal 1 % der gültigen Stimmen.

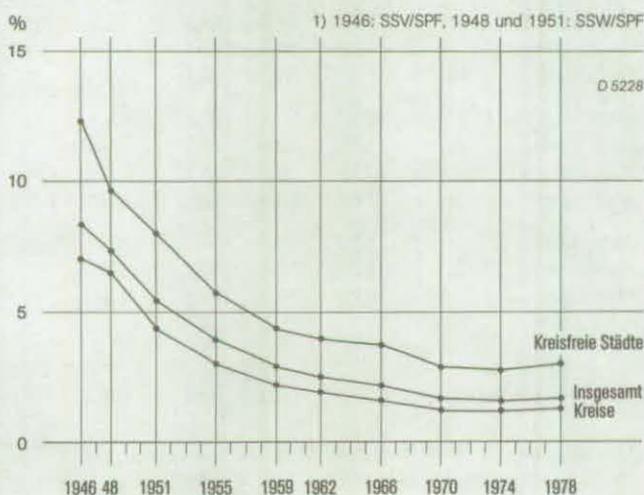
Kommunalwahl am 5. März 1978

Bis auf einige kleinere Änderungen galt das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz von 1973 auch für die Kommunalwahl 1978. Es wird bei der Kommunalwahl 1982 ebenfalls angewendet werden.

An der Gemeindewahl in den vier kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den elf Kreisen beteiligten sich acht Parteien (CDU, SPD, FDP, SSW, NPD, DKP, DMP – Deutsche Mittelstandspartei – und KBW – Kommunistischer Bund Westdeutschlands –), zwei Wählergruppen (Grüne Liste Nordfriesland Wählergemeinschaft Umweltschutz und Grüne Liste unabhängiger Wähler – Steinburg) und ein Einzelbewerber. Über das Zulassungsverfahren ist in dieser Zeitschrift ausführlich berichtet worden⁸. Die NPD, die DMP, der KBW, die beiden Grünen Listen und der Einzelbewerber sind bei der Kommunalwahl 1974 noch nicht vertreten gewesen. Die beiden Wählergruppen Freie Wählergemeinschaft Schleswig-Flensburg und Freie Kieler Wählergemeinschaft traten nicht mehr zur Wahl an.

Die Wahlbeteiligung ist mit 78,3 % recht hoch gewesen. Sie war zwar nicht ganz so hoch wie 1974, als es 79,2 % gewesen sind, aber deutlich höher als in den

Stimmenanteile des SSW¹⁾ bei Kommunalwahlen



8) a. a. O. Mai 1978, S. 113

Kommunalwahl am 5. März 1978

KREISFREIE STADT Kreis	Wahl- betei- ligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf			
		CDU	SPD	FDP	SSW
		in %			
FLENSBURG	73,4	37,8	35,9	4,6	21,0
KIEL	71,9	42,9	50,3	5,6	0,1
LÜBECK	74,4	47,3	46,3	5,6	—
NEUMÜNSTER	74,8	45,7	47,8	5,8	—
Kreisfreie Städte	73,4	44,1	46,5	5,5	3,0
Dithmarschen	80,4	54,3	38,0	7,5	—
Hzgt. Lauenburg	80,7	50,8	40,4	8,3	—
Nordfriesland	77,5	49,4	32,5	6,9	4,9
Ostholstein	80,6	50,5	42,0	7,5	—
Pinneberg	79,0	49,0	40,1	9,5	—
Plön	83,8	51,2	42,5	5,9	—
Rendsburg-Eckernförde	80,6	51,8	39,4	7,3	1,1
Schleswig-Flensburg	80,4	51,7	33,4	6,5	8,4
Segeberg	78,1	51,4	37,3	10,9	—
Steinburg	81,0	48,8	38,5	4,9	—
Stormarn	80,2	51,2	39,0	9,1	—
Kreise	80,0	50,9	38,5	7,9	1,3
Schleswig-Holstein	78,3	49,2	40,5	7,3	1,7

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes
Schleswig-Holstein, B VII 3 — 5/78, 1978

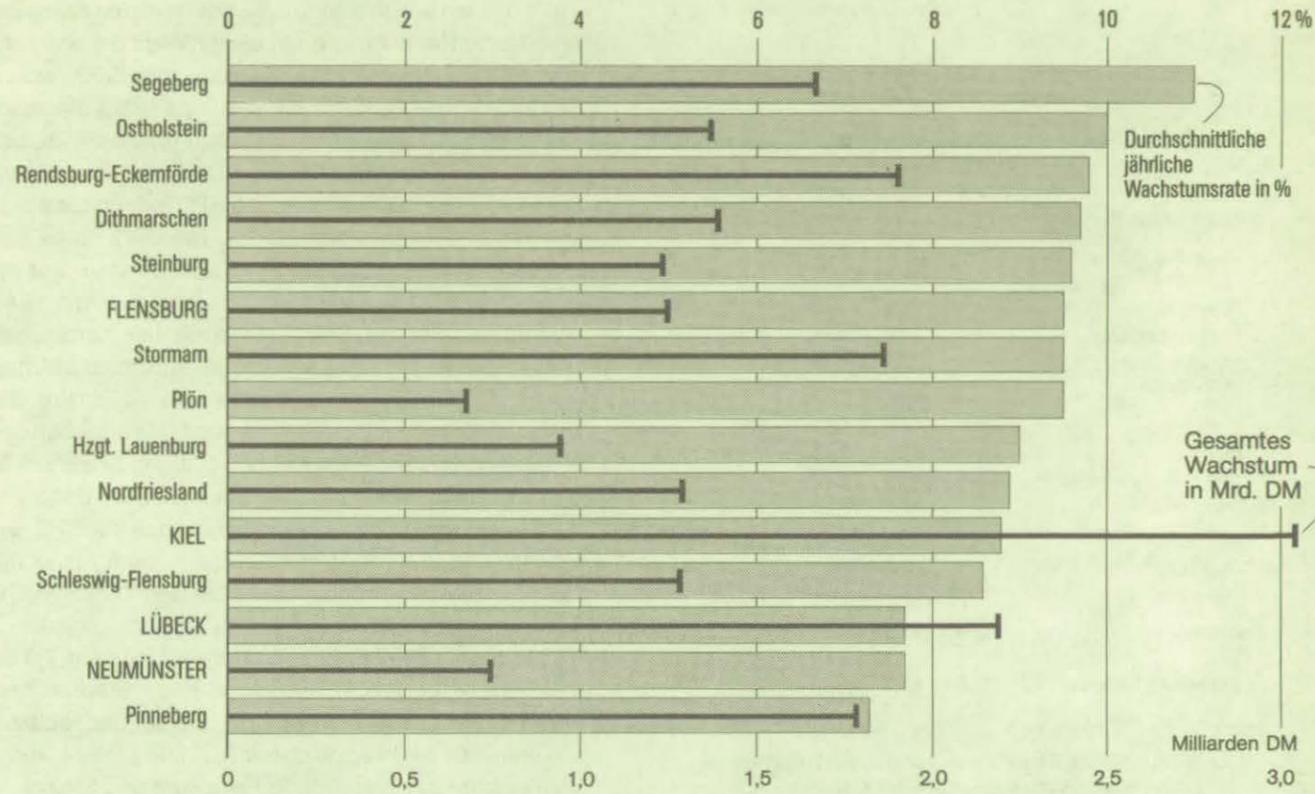
vorangegangenen Wahlen (1970: 72,3 %, 1966: 68,7 %). Es ergibt sich das schon bekannte Bild: In den kreisfreien Städten ist die Wahlbeteiligung viel niedriger als in den Kreisen und Plön liegt an der Spitze der Skala, während Kiel abermals den letzten Platz einnimmt.

Die CDU ging wiederum als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Es gelang ihr aber nicht das überragende Ergebnis von 1974 zu wiederholen. Sie verfehlte mit 49,2 % knapp die absolute Mehrheit und verschlechterte sich um 3,9 Prozentpunkte. Der Abstand zur SPD hat sich von 17,5 auf 8,7 Punkte halbiert. Ihre Stimmenanteile sind in allen kreisfreien Städten und Kreisen zurückgegangen. Insgesamt konnte die CDU ihre absolute Mehrheit in den Kreisen knapp halten. In den Kreisen Nordfriesland, Pinneberg und Steinburg blieb sie jedoch unter der 50%-Marke. In Nordfriesland und Steinburg dürften die damaligen Ereignisse um Brokdorf eine Rolle gespielt haben, die zum erstmaligen und erfolgreichen Auftreten der Grünen führten. Die CDU verteidigte aber in allen Kreisen mit deutlichem Vorsprung den 1. Platz. Anders

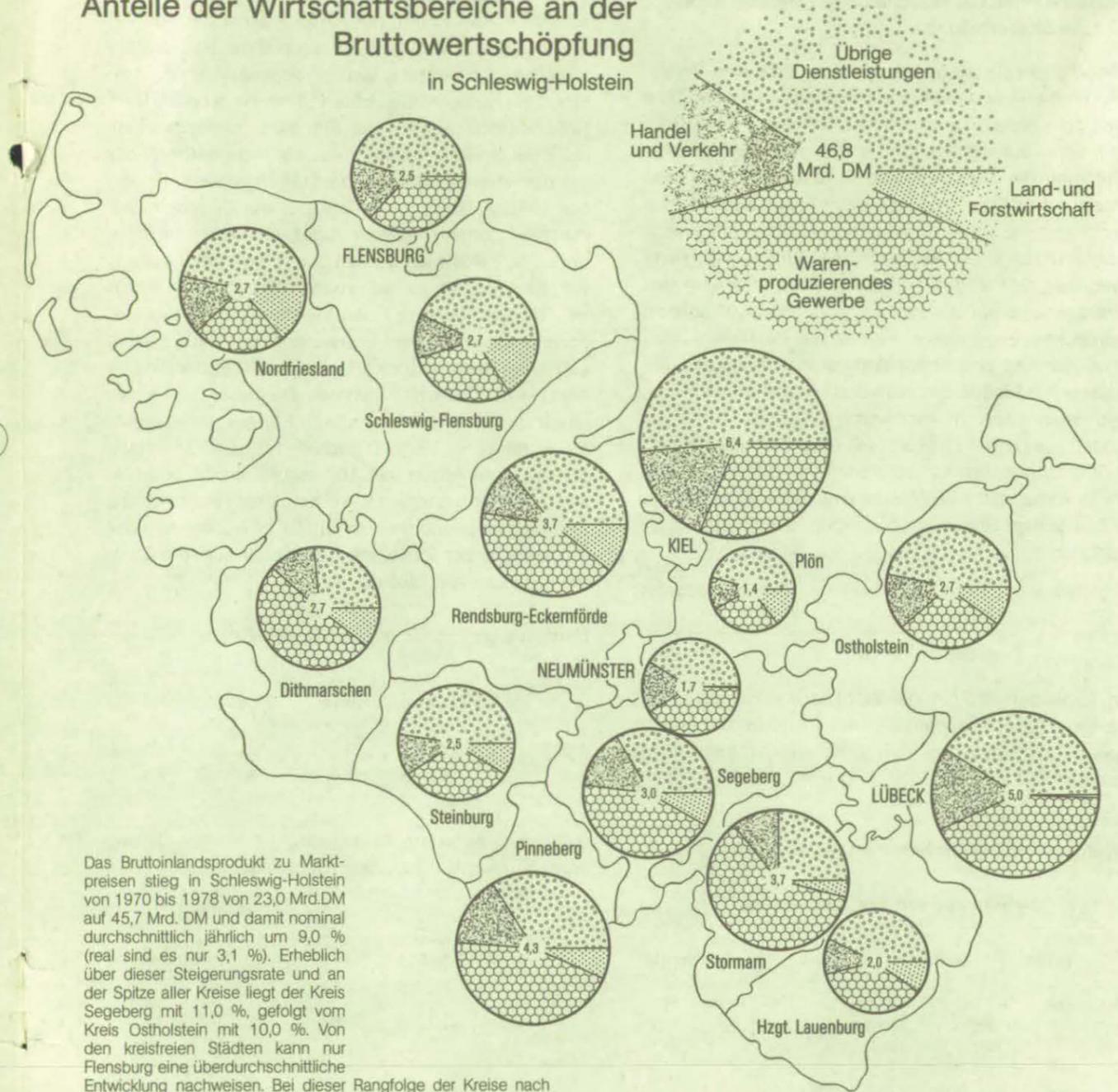
sieht es in den kreisfreien Städten aus. Hier kippten die Mehrheitsverhältnisse wieder um. Der Vorsprung der CDU (6,9 Punkte) änderte sich in einen, wenn auch knappen, der SPD (2,4 Punkte). Während die CDU 1974 in allen kreisfreien Städten die meisten Stimmen erhalten hatte, büßte sie bei dieser Wahl die absolute Mehrheit in Neumünster ein, und die SPD wurde wieder stärkste Partei, ohne allerdings selbst die absolute Mehrheit von 1970 zurückzugewinnen. In der Landeshauptstadt Kiel fiel die CDU ebenfalls auf den 2. Platz zurück, hier eroberte die SPD jedoch die absolute Mehrheit von 1970 zurück. Die SPD hatte den kräftigen Rückschlag von 1974 überwunden und erreichte mit 40,2 % nach 1970 — wenn man von 1946 absieht — das zweitbeste Ergebnis bei Kommunalwahlen. Sie verbesserte sich in den kreisfreien Städten um 6,2 Punkte und in den Kreisen um 4,6 Punkte. Sie erhielt aber in den Kreisen insgesamt und in sieben der elf Kreise weniger als 40 % der gültigen Stimmen. In den kreisfreien Städten hatte sich, wie schon beschrieben, die Wählergunst wieder zum Vorteil der SPD gewandelt, sie sind aber nicht mehr in dem Maße die Hochburgen der SPD, wie sie es bei den Wahlen 1970 und davor gewesen waren. Die FDP verlor gegenüber 1974 fast ein Fünftel ihrer Wähler und kam auf 7,3 %. Ihre Anteile gingen in allen kreisfreien Städten und Kreisen — bis auf Stormarn, das wegen der Nichtzulassung mehrerer Kandidaten im Jahre 1974 nicht vergleichbar ist — zurück. In Flensburg und Steinburg scheiterte sie sogar an der 5%-Grenze. Es fällt auf, daß die FDP in den Kreisen, in denen die Grünen auftraten, die größten Verluste hatte. Ob beides miteinander zusammenhängt, läßt sich allerdings nicht mit Sicherheit sagen, zumal auch die CDU in diesen Kreisen überdurchschnittliche Verluste hinnehmen mußte. Der SSW konnte seinen Stimmenanteil geringfügig von 1,6 % auf 1,7 % verbessern. Er stellt aber nur noch in Flensburg und Schleswig-Flensburg Vertreter. In Nordfriesland fiel sein Anteil auf 4,9 %, er ist deshalb dort nicht mehr im Kreistag vertreten. Die beiden Grünen Listen kamen zwar insgesamt nur auf 0,7 % der gültigen Stimmen, in den beiden Kreisen, in denen sie aufgetreten waren, übersprangen sie aber die 5%-Linie und zogen in die Kreistage von Nordfriesland und Steinburg ein. Eine Analyse für den Kreis Steinburg zeigte, daß sich die Ereignisse in Brokdorf auf das Wählerverhalten ausgewirkt haben. In einem Umkreis von etwa 10 km ist nämlich der Stimmenanteil der Grünen Liste bedeutend höher (8,1 %) als im übrigen Kreisgebiet (4,5 %). Er macht in einigen kleineren Gemeinden dieser Zone über 30 % aus. In Brokdorf selbst stimmten 12,9 % der Wähler für die Grüne Liste. Alle übrigen Parteien erreichten zusammen weniger als 1 % der gültigen Stimmen.

Die Wirtschaftskraft der Kreise 1978

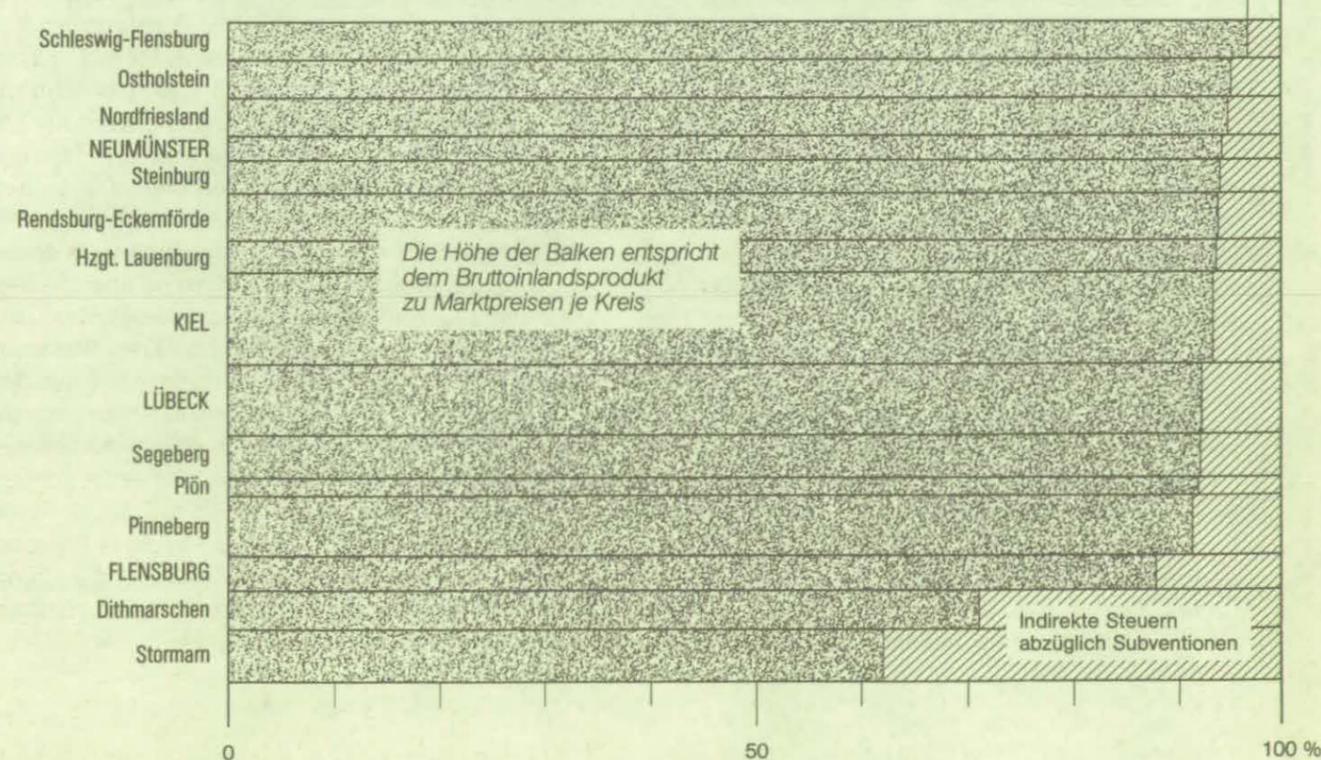
Anstieg des Bruttoinlandsprodukts 1970 bis 1978



Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein



Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und zu Faktorkosten



Einen gewissen Aufschluß über die Struktur der Wirtschaft in den Kreisen unseres Landes erhält man aus der Karte mit den Anteilen der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung jedes Kreises. Hierbei ist in den Kreisen Stormarn, Dithmarschen und der kreisfreien Stadt Flensburg zu berücksichtigen, daß die erwähnten überdurchschnittlichen Produktionssteuern den Anteil des warenproduzierenden Gewerbes entsprechend aufblähen. — Im gesamten Land hat der sogenannte tertiäre Sektor, das ist der gesamte Dienstleistungsbereich, mit einem Anteil von 54 % bereits das Übergewicht. Zum produzierenden Bereich (46 %) gehören neben dem warenproduzierenden Gewerbe noch die Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei. Wie das Bild zeigt, bestehen in den einzelnen Kreisen gegenüber dem Landesdurchschnitt zum Teil erhebliche Unterschiede.

Anhang

Auswirkungen der verschiedenen Wahlsysteme auf die Sitzverteilung

Ein Wahlgesetz bestimmt, wie viele Sitze eine Vertretung hat und wie viele direkt und wie viele über Liste besetzt werden; es sagt ferner, welches Wahlsystem gilt, also, auf welche Weise aus den abgegebenen Stimmen die Zahl der Sitze ermittelt wird, die jede Partei erhält. Da in Wirklichkeit zwischen zwei Wahlen nicht nur — unter Umständen — das Wahlgesetz, sondern auf jeden Fall auch die Stimmenverteilung wechselt, läßt sich der Einfluß der Veränderung des Wahlsystems auf die „politische Landschaft“ anhand von echten Ergebnissen niemals rein darstellen. Dazu muß vielmehr eine fiktive Wahl ersonnen werden, ein konstantes Modell, das man den verschiedenen Wahlsystemen unterwirft. Hier wurde folgendes Modell gebildet: In einem Wahlgebiet mit einem Wahlbezirk und 1 500 Einwohnern kandidieren 3 Parteien und 1 Einzelbewerber; jeder Wähler hat eine Stimme; es werden 1 024 gültige Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen:

Partei A	Partei B	Partei C	Einzelbewerber	Insgesamt
433	408	124	59	1 024

Im folgenden wird nun dargelegt, zu welchen verschiedenen Sitzverteilungen die hier in Rede stehenden vier Wahlgesetze bei den gleichen Stimmzahlen führen.

Wahlsystem bei der Kommunalwahl 1946

Die gültigen Stimmen verteilen sich wie folgt:

Bewerber	Partei A		Partei B		Partei C		Einzelbewerber	
	insg.	Reserve-stock	insg.	Reserve-stock	insg.	Reserve-stock	insg.	Reserve-stock
1	62	4	60	2	50	50	59	1
2	62	4	58	58	50	50		
3	62	4	58	58	24	24		
4	62	4	58	58				
5	62	4	58	58				
6	62	4	58	58				
7	61	3	58	58				

ins-ges.	433	27	408	350	124	124	59	1
		zusammen			zusammen			
				502				

Es sind insgesamt 12 Bewerber zu wählen, und zwar 9 unmittelbar und 3 über die Reserveliste. Unmittelbar gewählt sind die Bewerber mit den meisten Stimmen, also die 7 Kandidaten der Partei A, einer der Partei B und der Einzelbewerber. Für die aus der Reserveliste zu wählenden Vertreter wird ein sogenannter Reservestock mit den unverbrauchten Stimmen gebildet. Dem Reservestock werden die Stimmen gutgeschrieben, die jeder direkt gewählte Bewerber mehr hatte als der mit der höchsten Stimmzahl durchgefallene Bewerber (58). Außerdem werden ihm die Stimmen aller durchgefallenen Bewerber zugezählt. Die so entstandenen 502 Stimmen werden durch die Anzahl der aus der Reserveliste zu wählenden Vertreter (3) geteilt = 167. Die Partei mit den meisten Stimmen im Reservestock erhält den 1. Listensitz, und 167 werden von ihrem Reservestock abgezogen; der Partei B bleibt also ein Rest von 183 Stimmen. Da dieser Rest höher ist als die Stimmen der anderen Parteien im Reservestock, erhält die Partei B auch den 2. Listensitz. Nach abermaligem Abzug von 167 verbleiben ihr 16 Stimmen im Reservestock. Da weder dieser Rest noch die Stimmen einer anderen Partei 167 erreichen, wird der 3. Listensitz der Partei mit der nächst höheren Stimmzahl zugeteilt, also der Partei C.

Danach ergibt sich folgende Sitzverteilung:

	Partei A	Partei B	Partei C	Einzelbewerber
Anzahl	7	3	1	1
in %	58,3	25,0	8,3	8,3

Wie leicht zu sehen ist, entspricht die Sitzverteilung nicht dem verhältnismäßigen Stimmenanteil. Der lautet nämlich in %:

Partei A	Partei B	Partei C	Einzelbewerber
42,3	39,8	12,1	5,8

In diesem System wird der Mehrheitswahl eindeutig der Vorrang gegeben und der Verhältnisausgleich spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Wahlssystem bei der Kommunalwahl 1948

Die gültigen Stimmen verteilen sich wie folgt:

(unv. St. = unverbrauchte Stimmen)

Bewerber	Partei A		Partei B		Partei C		Einzelbewerber	
	insg.	unv. St.	insg.	unv. St.	insg.	unv. St.	insg.	unv. St.
1	62	1	60	60	50	50	59	59
2	62	1	58	58	50	50		
3	62	1	58	58	24	24		von der
4	62	1	58	58				Listenauf-
5	62	1	58	58				stellung
6	62	1	58	58				ausge-
7	61	61	58	58				schlossen
	433	67	408	408	124	124	59	—

Es sind insgesamt 10 Vertreter zu wählen, und zwar 6 unmittelbar und vier über die Liste. Direkt gewählt sind die Bewerber mit den meisten Stimmen, also die Kandidaten 1 bis 6 der Partei A. Am Verhältnisausgleich nehmen die Parteien A, B und C teil, weil sie mindestens 10 % der gültigen Stimmen erhalten haben. Der Einzelbewerber ist ohne Berücksichtigung seines Stimmenanteils von der Sitzvergabe über Liste ausgeschlossen, da nur Parteien Listen aufstellen dürfen.

Für die Listensitze werden die „unverbrauchten“ Stimmen benutzt. Sie werden auf dieselbe Weise ermittelt wie 1946 der „Reservestock“, aber nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlenverfahren weiter verwendet:

Teiler	Partei A		Partei B		Partei C	
	unverbr. Stimmen	Sitzfolge	unverbr. Stimmen	Sitzfolge	unverbr. Stimmen	Sitzfolge
1	67	—	408	1.	124	4.
2	33 ½	—	204	2.	62	—
3			136	3.		
4			102	—		

Danach ergibt sich folgende Sitzverteilung:

	Partei A	Partei B	Partei C
Anzahl	6	3	1
in %	60	30	10

Dagegen noch einmal die Stimmenverteilung:

	Partei A	Partei B	Partei C
in %	42,3	39,8	12,1

Das Verhältnis zwischen Stimmen und Sitzen ist also immer noch nicht ausgeglichen. Die Mehrheitswahl hat weiterhin ein starkes Übergewicht.

Wahlssystem bei der Kommunalwahl 1955

Es sind insgesamt 11 Vertreter zu wählen, und zwar 6 unmittelbar und 5 über die Liste. Direkt gewählt sind die Bewerber mit den meisten Stimmen, also die Kandidaten 1 bis 6 der Partei A. Während aber bisher nur die nicht verbrauchten Stimmen den Listen gutgeschrieben wurden, werden nun alle für die unmittelbaren Bewerber abgegebenen Stimmen zur Ermittlung der Sitzzahl jeder Partei verwendet. Die direkt gewonnenen Sitze werden dann von der Gesamtsitzzahl abgezogen und die restlichen auf die Listen verteilt. An der Sitzverteilung können nur Parteien und nur solche teilnehmen, die mindestens einen Bewerber direkt durchgebracht oder 5 % der gültigen Stimmen im Wahlgebiet erhalten haben. Für die Sitzverteilung wird das d'Hondt'sche Höchstzahlenverfahren verwendet. In unserem Modell ergibt sich:

Teiler	Partei A		Partei B		Partei C	
	Stimmen	Sitzfolge	Stimmen	Sitzfolge	Stimmen	Sitzfolge
1	433	1.	408	2.	124	7.
2	216	3.	204	4.	62	—
3	144	5.	136	6.		
4	108	8.	102	9.		
5	86	10.	81	11.		
6	72	—	68	—		

Danach ergibt sich folgende Sitzverteilung:

	Partei A	Partei B	Partei C
gemäß Stimmenzahl	5	5	1
direkt	6	—	—
Liste	—	5	1

Die Partei A hat in der Direktwahl einen Sitz mehr gewonnen als ihr nach dem Verhältnis der Stimmen zusteht. Dieser Mehrsitz verbleibt ihr als „Überhangmandat“, so daß die Sitzverteilung wie folgt lautet:

	Partei A	Partei B	Partei C
Anzahl	6	5	1
in %	50,0	41,7	8,3

Dieses System bringt eine weitere Annäherung in der Verhältnismäßigkeit von Stimmen und Sitzen, denn die Stimmenverteilung lautet wieder:

	Partei A	Partei B	Partei C
in %	42,3	39,8	12,1

Wahlsystem bei der Kommunalwahl 1966

Zum Ausgleich der Überhangmandate wurde das Verfahren für die Berechnung der Sitzverteilung geändert. Danach werden, wenn Mehrsitze entstanden sind, solange weitere Sitze verteilt, bis der ursprüngliche Mehrsitz durch den verhältnismäßigen Stimmenanteil „gedeckt“ ist.

Es sind insgesamt 13 Vertreter zu wählen, und zwar 7 unmittelbar und 6 über die Liste. Direkt gewählt sind die Bewerber mit den meisten Stimmen, also 7 Kandidaten der Partei A. Nach den d'Hondt'schen Höchstzahlen stehen ihr aber — bei 13 Sitzen — nur 6 zu. Nun ist zunächst ein „weiterer Sitz“ auf die Partei C

zu verteilen, ehe der 7. Sitz der Partei A auch durch das Höchstzahlenverfahren abgedeckt ist. Die Gesamtsitzzahl erhöht sich dadurch um 2 auf 15.

Teiler	Partei A		Partei B		Partei C	
	Stimmen	Sitzfolge	Stimmen	Sitzfolge	Stimmen	Sitzfolge
1	433	1.	408	2.	124	7.
2	216	3.	204	4.	62	14. ^a
3	144	8.	136	6.	41	—
4	108	8.	102	9.		
5	86	10.	81	11.		a) „weiterer Sitz“
6	72	12.	68	13.		b) „Mehrsitz“
7	61	15. ^b	58	—		
8	54	—				

Danach ergibt sich folgende Sitzverteilung:

	Partei A	Partei B	Partei C
Anzahl	7	6	2
in %	46,7	40,0	13,3
dagegen Stimmen in %	42,3	39,8	12,1

Die Sitzverteilung entspricht also ziemlich gut dem Stimmenanteil. Man kann sagen, daß dieses noch heute angewandte Wahlsystem das „gerechteste“ ist.

Walter Dahms

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 — 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Die Bedeutung des Auslandsgeschäfts für das verarbeitende Gewerbe

Die konjunkturelle Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe bot in den ersten neun Monaten des abgelaufenen Jahres ein recht unterschiedliches Bild. Zu den auffallendsten Erscheinungen hierbei gehörte die zunehmende Verlagerung der Nachfrage vom Inland in das Ausland, wie sich aus den Meldungen zum Monatsbericht sehr deutlich ablesen läßt. Die Entwicklung war nicht allein auf Schleswig-Holstein beschränkt, sondern bundesweit zu beobachten. Anhaltenden Schwächetendenzen bei der Inlandsnachfrage stand eine sehr kräftige Ausweitung der Auslandsumsätze gegenüber. Dabei war die Verbesserung des Exportgeschäfts breit angelegt; von ihr wurden alle Wirtschaftshauptbereiche erfaßt.

Zügiger Exportanstieg kompensiert mangelnde Inlandsnachfrage

In Schleswig-Holstein erhöhten sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1981 die Erlöse des verarbeitenden Gewerbes gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 8,9 % auf 24,7 Mrd. DM. Teilt man sie in solche aufgrund von Lieferungen und Leistungen in das Inland und in das Ausland auf, so ergeben sich die folgenden sehr unterschiedlichen Veränderungsdaten: Der Absatz in das Inland erreichte 20,0 Mrd. DM und stieg nominal nur um 4,8 % an. Real gesehen wurde der Geschäftsumfang der ersten neun Monate des Jahres 1980 deutlich unterschritten. Nur die extrem hohe Umsatzzunahme im Exportgeschäft um über 30 % auf 4,7 Mrd. DM kompensierte den Nachfrageausfall aus dem Inland soweit, daß insgesamt gesehen die Betriebe noch eine reale Erlössteigerung von durchschnittlich 3 % verbuchen konnten.

Wie ist nun die aufgezeigte Entwicklung zu beurteilen? Welches Gewicht kommt den Auslandslieferungen an der gesamten Geschäftstätigkeit der Betriebe zu? Wird der Strukturwandel von Dauer sein? Im folgenden soll versucht werden, diese für die zukünftige Wirtschaftslage des verarbeitenden Gewerbes bedeutsamen Fragen durch die Analyse des über den Export vorliegenden Datenmaterials einer Beantwortung näher zu bringen.

Die Gründe für die jüngste Entwicklung sind vielfältig. Sie gehen hauptsächlich auf Einflüsse aus dem Ausland

Grunddaten zur Entwicklung von Umsatz und Auftragseingang im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe¹ 1981

	Januar bis September		Veränderung in %
	1980	1981	
Mill. DM			
Umsatz	22 664	24 672	+ 8,9
davon			
Inlandsumsatz	19 096	20 019	+ 4,8
Auslandsumsatz	3 568	4 653	+ 30,4
Auftragseingang	11 926	12 630	+ 5,9
davon aus dem			
Inland	8 662	8 748	+ 1,0
Ausland	3 264	3 882	+ 18,9

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

zurück und sind durch wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung nur bedingt zu beeinflussen. Andererseits können sich die Unternehmen den Bedingungen am Weltmarkt nicht entziehen. Zu nennen sind u. a.:

1. Die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte im Ausland infolge der starken Erhöhung des Dollarkurses im vergangenen Frühjahr. Der veränderte Kurs führte zu einer kräftigen Abnahme des Außenwertes der Deutschen Mark. Die Entwicklung hat allem Anschein nach ihren Gipfelpunkt überschritten. Der Höhenflug des Dollar ist inzwischen abgeebbt.
2. Die zunehmende Bedeutung der Nachfrage der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt, hierunter nicht zuletzt der erdölfördernden Staaten. Von ihr profitiert das Exportland Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit dem günstigen Außenwert seiner Währung gegenwärtig im besonderen Maße.

Zweifellos haben die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes in dem Bemühen, sich auf die veränderten Marktverhältnisse einzustellen, erhebliche Fortschritte gemacht. Diese Anpassungsfähigkeit wird sich, wie zumindest den für Schleswig-Holstein vorliegenden Zahlen über den Auftragseingang zu entnehmen ist, kurzfristig auch weiterhin auszahlen. So erhöhten

Entwicklung von Umsätzen und Exportquoten im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe¹

Jahr	Umsatz		Export- quote	Dagegen im Bundes- gebiet
	Inland	Ausland		
	in Mrd. DM		in %	
1961	6,1	0,9	13,5	15,0
1962	6,6	0,9	11,7	14,8
1963	7,0	1,0	12,6	15,5
1964	7,2	0,9	11,4	15,8
1965	7,9	1,1	12,3	15,7
1966	8,2	1,3	14,0	17,1
1967	8,5	1,3	13,2	18,7
1968 ^a	8,9	1,5	14,9	19,8
1969	9,9	1,9	16,0	19,8
1970	11,1	1,7	13,4	19,3
1971	12,4	2,0	13,7	19,5
1972	12,9	2,4	15,7	20,0
1973	14,3	2,9	16,8	21,5
1974	16,5	3,8	18,8	24,2
1975	16,4	4,2	20,6	23,6
1976	18,0	4,3	19,4	24,4
1977	20,9	4,9	19,1	23,6
1978	22,0	4,4	16,6	24,0
1979	24,1	4,5	15,6	24,0
1980	26,1	5,0	16,2	24,3
1981 ^b	20,0	4,7	18,9	25,5 ^c

1) 1961 – 1976: Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

1977 – 1981: Industrie- und Handwerksbetriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

a) Ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

b) Januar bis September

c) Januar bis August

sich im nördlichsten Bundesland die Auftragseingänge in ausgewählten Wirtschaftsbereichen während der ersten drei Vierteljahre 1981 binnen Jahresfrist um nominal 5,9 %. Die Zunahme wurde hauptsächlich durch die positive Veränderungsrate der Bestellwerte aus dem Ausland um fast 19 % gestützt. Dagegen wird sich an der deutlich abgeschwächten Binnennachfrage auch in naher Zukunft nichts ändern; die Auftragseingänge stiegen hier nur um nominal 1 % an, was real gesehen einem besorgniserregenden Nachfrageausfall aus dem Inland um etwa 5 %¹ gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres gleichkommt. Es ist sehr ungewiß, ob das Auslands-

geschäft in Schleswig-Holstein bei einem Anteil von derzeit knapp einem Fünftel am Gesamtumsatz längerfristig die viermal so große aber mangelhafte Inlandsnachfrage hinreichend wird kompensieren können.

Auslandsumsatz seit 1961 real etwa verdreifacht

Der Gesamtumsatz der schleswig-holsteinischen Betriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder verarbeitenden Gewerbe und mit im allgemeinen mindestens 20 Beschäftigten erreichte im Jahre 1980 die Höhe von über 31,1 Mrd. DM. Hier-von entfielen über 5,0 Mrd. DM auf Erlöse aus dem Exportgeschäft². Im Jahre 1961 hatte der Exportumsatz noch nicht einmal die Milliardengrenze erreicht; er betrug damals nur 945 Mill. DM. Daraus errechnet sich eine Steigerung innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte um nominal 434 %, also auf über das Fünffache. Berücksichtigt man die erheblichen Veränderungen des Preisniveaus seit 1961, so ergibt sich immer noch eine Zunahme des realen Auslandsumsatzes innerhalb von knapp 20 Jahren auf schätzungsweise etwas über das Dreifache.

Nicht so groß waren die Veränderungs-raten im Inlands-geschäft. Die Erlöse nahmen im gleichen Zeitraum nominal um 330 % zu, dehnten sich also nur auf über das Vierfache aus, was unter Berücksichtigung der Preissteigerungen einem Zuwachs auf real etwa knapp das Zweieinhalbfache entspricht. Infolge dieser Entwicklung hat sich der Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz merklich erhöht. Die Exportquote stieg von 13,5 % im Jahre 1961 auf 16,2 % im Jahre 1980; für die ersten neun Monate des Jahres 1981 errechnet sich sogar ein Anteil von 18,9 %.

Die Quote erhöhte sich in Schleswig-Holstein nicht kontinuierlich. Sie war vielmehr – im Gegensatz zu derjenigen des Bundesgebietes – von Jahr zu Jahr erheblichen Schwankungen unterworfen. Sie gehen insbesondere auf die starke Abhängigkeit des Exportgeschäfts von Auslandsaufträgen für den Schiff- und Maschinenbau zurück. Gerade im krisenanfälligen Schiffbau hat sich der Anteil der Auslandsumsätze in der Vergangenheit sehr häufig geändert, wobei lang-fristig gesehen die Bedeutung der Schiffsexporte seit 1961 drastisch zurückgegangen ist. Im Jahre 1961

1) Dieser Schätzrechnung liegt eine Steigerung der Erzeugerpreise für Produkte des verarbeitenden Gewerbes im Bundesgebiet um 6 % binnen Jahresfrist zugrunde

2) Zum Auslandsumsatz zählen außer Direktumsätzen mit Kunden im Ausland (ohne DDR und Berlin, Ost) auch für den Export bestimmte Lieferungen an inländische Firmen, wie Exporteure

bestand noch fast die Hälfte aller Ausfuhrerlöse des verarbeitenden Gewerbes aus Schifflieferungen an das Ausland; im Jahre 1980 ist dieser Anteil auf unter 10 % gesunken! Gleichzeitig erhöhte sich der Exportanteil des Maschinenbaues auf das Doppelte auf etwa ein Drittel des gesamten Auslandsgeschäftes.

Exportintensität des verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein weit unter Durchschnitt

Gemessen an der Exportquote des Bundesgebiets nimmt sich die Intensität des Auslandsgeschäfts in Schleswig-Holstein recht bescheiden aus. Im Bundesgebiet gingen 1981 (Januar bis August) rund ein Viertel aller Lieferungen und Leistungen des verarbeitenden Gewerbes in das Ausland, in Schleswig-Holstein (Januar bis September) dagegen nur 19 %. Der Unterschied zwischen den Anteilen von Bund und Land hat sich im langfristigen Vergleich erheblich vergrößert: 1961 bestand zwischen den beiden Quoten nur ein Abstand von 2 Prozentpunkten. Er vergrößerte sich im Laufe der folgenden zwanzig Jahre auf etwa 7 Prozentpunkte. Die Gründe für die unterschiedliche Entwicklung sind vielseitig. Sie können im folgenden nur angedeutet werden, wobei sich der Statistiker eines Werturteils darüber enthalten muß, ob eine sehr starke Exportabhängigkeit der Wirtschaft als unbedingt vorteilhaft anzusehen ist oder nicht.

Die Auslandsumsätze im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe¹ nach Bundesländern 1980

Land	Mrd. DM	Anteil am Bundesgebiet in %	Exportquote in %	
			1980	1961
Schleswig-Holstein	5,0	1,7	16,2	13,5
Hamburg	7,3	2,5	10,4	12,4
Niedersachsen	31,6	10,9	26,3	16,6
Bremen	3,6	1,2	18,7	18,4
Nordrhein-Westfalen	86,7	29,8	24,4	14,3
Hessen	24,4	8,4	26,5	17,9
Rheinland-Pfalz	21,8	7,5	30,3	15,3
Baden-Württemberg	53,1	18,4	25,6	15,4
Bayern	47,2	16,2	25,7	12,9
Saarland	6,9	2,4	31,1	35,3
Berlin (West)	2,8	1,0	12,5	9,8
Bundesgebiet	290,5	100,0	24,3	15,0

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Der geringe Export des nördlichsten Bundeslandes — nur 1,7 % der Ausfuhr im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe des Bundesgebiets entfallen auf Schleswig-Holstein — ist eng mit der besonderen wirtschaftlichen Struktur seiner Betriebe verknüpft. So ist der Anteil der industriellen Großbetriebe, die stärker für eine exportorientierte Produktion vorherbestimmt sind als mittlere und kleinere Betriebe, in Schleswig-Holstein geringer als im Bundesgebiet. Das stärkere Gewicht der Mittel- und Kleinbetriebe äußert sich auch in der besonderen Branchenstruktur, die von derjenigen des Bundesgebiets abweicht. So gibt es z. B. in Schleswig-Holstein keine Automobilindustrie und nur eine unbedeutende Zubehörfertigung, was den Exportanteil erheblich nach unten drückt. Der an Bedeutung abnehmende Bau von Wasserfahrzeugen wiegt dies nicht auf. Außerdem hat das Nahrungsmittelgewerbe mit seiner unterdurchschnittlichen Ausfuhrintensität im Land zwischen Nord- und Ostsee eine größere Bedeutung als im Bundesgebiet. Ferner ist auf die ungünstigen Standortbedingungen der schleswig-holsteinischen Betriebe mit all ihren nachteiligen Folgen für die Exportmöglichkeiten hinzuweisen. Die periphere Lage zu den potentiellen Abnehmerländern im EG-Raum wirkt hemmend, im Gegensatz etwa zur zentralen Lage von Ländern wie Rheinland-Pfalz oder dem Saarland. Die Nachbarschaft zu den skandinavischen Ländern kann diesen Mangel nicht ausgleichen.

Unter den Flächenländern des Bundesgebiets hatte Schleswig-Holstein im Jahre 1980 die mit Abstand niedrigste Exportquote aufzuweisen, nämlich 16,2 %. Nur in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg waren die Exportanteile am Gesamtumsatz noch geringer. Schleswig-Holstein weist auch seit dem Jahre 1961 die geringste Steigerung der Exportintensität unter den Flächenländern nach, wenn man vom Saarland mit seiner ohnehin sehr hohen Exportquote absieht. Die Quote erhöhte sich nur um 3 Prozentpunkte. Demgegenüber konnten insbesondere die Länder Rheinland-Pfalz, aber auch Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ihre Quoten um mindestens 10 Prozentpunkte innerhalb des betrachteten Zeitraums anheben. Das größte Gewicht kommt dem Bundesland Nordrhein-Westfalen zu, auf das im Jahre 1980 drei Zehntel aller Auslandsumsätze im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe des Bundesgebietes entfielen.

Investitionsgüter dominieren im Export

Vom gesamten Auslandsumsatz im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins in Höhe

von 5,0 Mrd. DM im Jahre 1980 entfielen allein 2,9 Mrd. DM oder knapp drei Fünftel auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Dieser Wirtschaftshauptbereich, der größtenteils mit den metallverarbeitenden Betrieben übereinstimmt, ist somit die wichtigste Stütze der schleswig-holsteinischen Exportwirtschaft. Gut ein Fünftel der Lieferungen und Leistungen an das Ausland erbrachte das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, während vom restlichen Fünftel zwei Drittel auf den Nahrungs- und Genußmittelsektor und ein Drittel auf den Verbrauchsgütersektor entfielen.

Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe ist das Gewicht des Auslandsgeschäfts nach wie vor recht unbedeutend. Daran hat sich in den letzten zwanzig Jahren nichts Wesentliches geändert, wenn auch der Anteil geringfügig auf 6,4 % aller Auslandserlöse im verarbeitenden Gewerbe zugenommen hat. Dagegen hat sich die Struktur der Exportumsätze unter

den anderen drei Wirtschaftshauptbereichen beträchtlich gewandelt. Die bemerkenswerteste Änderung vollzog sich im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, dessen Anteil am gesamten Auslandsgeschäft relativ stark zurückgegangen ist. Vornehmlich beeinflusst durch das langfristige Sinken der Schiffsexporte entfielen im Jahre 1980 nur noch 58 % der Auslandserlöse auf den Investitionsgütersektor gegenüber 76 % im Jahre 1961. Gleichzeitig gewannen die beiden restlichen Hauptbereiche Marktanteile hinzu. Infolge des Ausbaus der chemischen Industrie im Brunsbütteler Raum erhöhte sich der Anteil des Grundstoffe und Produktionsgüter produzierenden Gewerbes um 7 Prozentpunkte auf 22 %; derjenige des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes nahm sogar um 9 Prozentpunkte zu. Mit einem Anteil von 13 % an allen Ausfuhren des verarbeitenden Gewerbes ist in Schleswig-Holstein nach wie vor die Bedeutung der Agrarexporte größer als in jedem anderen Flächenland des Bundesgebiets (Durchschnitt für das Bundesgebiet 3,5 %).

Auslandsumsätze des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes¹ in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

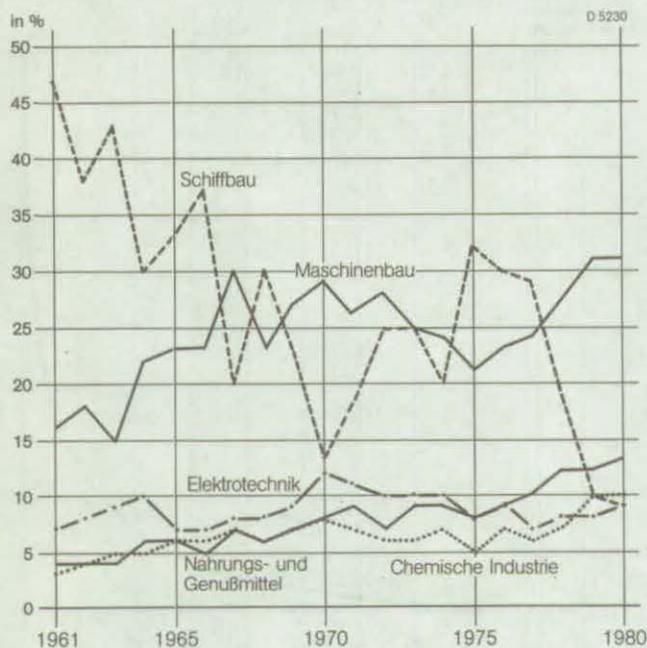
Wirtschaftsbereich	Auslandsumsatz				Exportquote in %	
	in Mill. DM		Anteil in %		1961	1980
	1961	1980	1961	1980		
Bergbau sowie Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	143	1 115	15,1	22,1	9,9	15,0
darunter						
Chemische Industrie	30	520	3,2	10,3	11,1	24,5
Mineralölverarbeitung	35	242	3,7	4,8	12,5	9,4
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Papperzeugung	13	143	1,4	2,8	7,5	32,0
Eisen, NE-Metalle, Gießereierzeugnisse, Drahtziehereien und Mechanik	50	128	5,3	2,5	18,9	22,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	715	2 933	75,7	58,1	34,9	29,9
darunter						
Maschinenbau ²	148	1 544	15,7	30,6	29,4	42,3
Schiffbau	443	431	46,9	8,5	52,7	32,1
Elektrotechnik	64	430	6,8	8,5	23,0	28,4
Feinmechanik, Optik	33	264	3,5	5,2	28,0	32,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	45	321	4,8	6,4	4,3	7,5
darunter						
Herstellung von Kunststoffwaren	4	95	0,4	1,9	13,3	15,5
Textilgewerbe	12	70	1,3	1,4	5,1	19,4
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	42	679	4,4	13,4	1,7	7,1
darunter						
Meiereien und Käsereien	—	133	—	2,6	—	9,0
Mahl- und Schälmaschinen	6	116	0,6	2,3	3,6	35,3
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe zusammen	945	5 049	100	100	13,5	16,2

1) 1961: Industriebetriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten;

1980: Industrie- und Handwerksbetriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) einschließlich Büromaschinen

Anteile wichtiger Wirtschaftsbereiche am Auslandsumsatz des verarbeitenden Gewerbes



Ausfuhrabhängigkeit im Maschinenbau am größten

Unter den einzelnen Wirtschaftsgruppen ist der schleswig-holsteinische **Maschinenbau** besonders stark exportorientiert. Auf ihn entfielen im Jahre 1980 fast ein Drittel sämtlicher Exporterlöse des Landes. Der Branche gelang damit ein bemerkenswerter Erfolg innerhalb der letzten zwanzig Jahre; ihr Anteil am gesamten Auslandsgeschäft hat sich seitdem verdoppelt. Die Exportquote des Maschinenbaus (das ist der Auslandsumsatz in % des Gesamtumsatzes der jeweiligen Branche) erhöhte sich auf 42 %. Er ist damit größer als in irgendeinem anderen oben in der Tabelle dargestellten Wirtschaftsbereich. An den Lieferungen und Leistungen in das Ausland während des Jahres 1980 in Höhe von 1,5 Mrd. DM waren sämtliche Wirtschaftszweige des Maschinenbaus beteiligt, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Anteilen. Der größte Anteil entfiel auf den Zweig „Sonstiger Maschinenbau“, eine Sammelposition, die nicht näher zu spezifizieren ist, aber allein mit 500 Mill. DM am Exporterfolg beteiligt war.

Dagegen kam es im **Schiffbau** seit 1961 zu einem spektakulären Absinken der Anteilswerte. Dies trifft sowohl auf das Gewicht am Gesamtexport des verarbeitenden Gewerbes zu wie auf die branchenbezogene Exportquote. Das Absinken vollzog sich in den 60er Jahren in Etappen, wurde dann in der ersten Hälfte der 70er Jahre von einer Ausdehnung des

Exportgeschäfts unterbrochen und führte seit 1976 erneut in anhaltendem Rückgang zu einem Anteil von nur 8,5 % an den gesamten Auslandsumsätzen des Jahres 1980. Im Jahre 1961 hatte dieser Anteil noch 47 % betragen! Unter den oben in der Tabelle dargestellten Wirtschaftsbereichen ist der Schiffbau der einzige, dessen nominaler Auslandserlös im Jahre 1980 kleiner gewesen ist als derjenige des Jahres 1961. Die Entwicklung muß im Zusammenhang mit den durch politische Ereignisse bedingten sehr starken Schwankungen in der Nachfrage nach Transportkapazität und mit der von fast allen großen Schiffbauländern betriebenen staatlichen Subventionspolitik zugunsten der Werften gesehen werden. Durch sie werden die Gesetze des Marktmechanismus ausgeschaltet, und die Produktion auf den Werften gerät in eine finanzielle Abhängigkeit, die den Betrieben selbst nur noch einen geringen Spielraum für am freien Markt orientierte unternehmerische Entscheidungen läßt.

Zum zweitwichtigsten Wirtschaftsbereich für den schleswig-holsteinischen Export des warenproduzierenden Gewerbes hat sich in den letzten Jahren die **chemische Industrie** entwickelt. Sie erzielte im Jahre 1980 Erlöse aus Lieferungen und Leistungen in das Ausland in Höhe von 520 Mill. DM, das sind 10 % des gesamten Exports. Neben dem bereits erwähnten Aufbau neuer Produktionsstätten werden die Daten aus der chemischen Industrie auch durch die überdurchschnittlich stark gestiegenen Ölpreise nach oben gedrückt. Zur Produktion in diesem Bereich wird in beträchtlichem Umfang schweres Heizöl als Rohstoff eingesetzt, das im Wege chemischer Prozesse in andere Produkte umgesetzt wird, u. a. zur Düngemittelherstellung. Die Exportquote im Chemiebereich hat sich seit 1961 mehr als verdoppelt. Im Jahre 1980 wurde ein Viertel der erzeugten Produkte an ausländische Abnehmer abgesetzt.

In den anderen wichtigen Exportbranchen, wie der **Elektrotechnik** sowie der **Feinmechanik** und **Optik**, hat sich im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte das Gewicht des Exportumsatzes etwas erhöht. Größere Verschiebungen im Rahmen des Gesamtbildes für das verarbeitende Gewerbe haben sich aber hierdurch nicht ergeben. Die Exportquote der **Mineralöl verarbeitenden Betriebe** hat im Gegensatz zum allgemeinen Trend abgenommen. Im **Nahrungsmittelbereich** trugen vor allem die Meiereien durch ihre umfangreichen Milchpulverausfuhren zur Ausdehnung des Auslandsgeschäftes bei. Auch dem Müllereigewerbe gelang es in den letzten Jahren, verstärkt auf ausländischen Märkten Fuß zu fassen. 35 % aller schles-

wig-holsteinischen Müllereierzeugnisse gingen im Jahre 1980 in den Export.

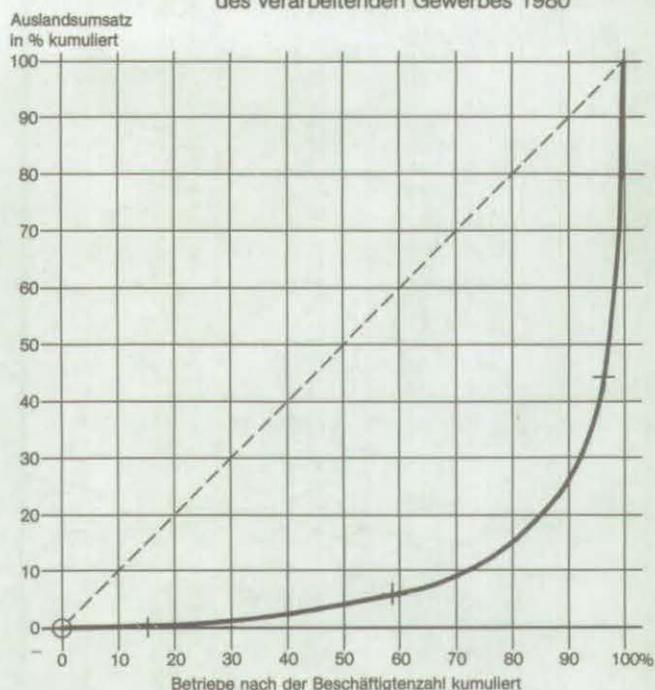
Beziehungen zwischen Auslandsabsatz und Betriebsgröße

Das Exportgeschäft ist auf die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sehr ungleichmäßig verteilt. Dies ergibt sich aus einer Sonderaufbereitung der zum Jahresergebnis kumulierten Monatsberichte, in der die Auslandsumsätze nach Beschäftigten-Größenklassen dargestellt sind. Von den insgesamt im Durchschnitt des Jahres 1980 erfaßten 1 659 Betrieben (monatlicher Berichtskreis) waren zwei Drittel (66 %) am Auslandsgeschäft überhaupt nicht beteiligt; nur in 566 Fällen wurden Exportumsätze nachgewiesen. In der Gliederung nach Betriebsgrößenklassen zeigt sich eine sehr starke Konzentration des Exportgeschäfts auf die wenigen Großbetriebe, wogegen mittlere und kleinere Betriebe auf den Auslandsmärkten offenbar kaum Fuß fassen können.

Im Mittel entfiel auf jeden der erfaßten 1 659 Betriebe ein Auslandsumsatz von gut 3 Mill. DM. Dieser Durchschnittswert wird jedoch nur von einem unter sechs Betrieben erreicht. Trotz ihrer Häufigkeit haben die kleinen und mittleren Betriebe unter ihnen mit bis zu 49 Beschäftigten am Exportgeschäft nur einen Anteil von 5 %, sind also praktisch bedeutungslos. Ihre Produktion ist in der Regel auf den Binnenmarkt ausgerichtet. Ihre Möglichkeiten, als Anbieter im Ausland aufzutreten, finden eine Grenze in den erheblichen Kosten hierfür (Werbungskosten z. B. auf Messen, Transport-

Verteilung der Auslandsumsätze auf die Betriebe mit im allgem. 20 und mehr Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes 1980

D 5231



Auf der Waagerechten sind die Betriebe in Prozent abgetragen, und zwar kumuliert von links nach rechts nach der Zahl der in ihnen tätigen Personen. Auf der Senkrechten sind die entsprechenden Auslandsumsätze ebenfalls kumuliert abgetragen. Hätten alle Betriebe einen gleich hohen Auslandsumsatz, so entstünde eine Gerade (gestrichelte Linie). In dem Maße, wie die großen Betriebe stärker am Auslandsumsatz beteiligt sind als die kleinen, wird diese Gerade zur durchhängenden Kurve. Im dargestellten Falle tätigen 15 % der Betriebe (von links her gesehen) nur 0,2 % aller Auslandsumsätze, 59 % der Betriebe auch erst 5 %, aber die letzten 4 % der Betriebe 55 % der Auslandsumsätze.

kosten) und im Spezialisierungsgrad der von ihnen angebotenen Produkte. Mit zunehmender Betriebsgröße vermindert sich zwar die Zahl der Betriebe, ihr Anteil am Auslandsumsatz wie auch die Exportquote

Bergbau und verarbeitendes Gewerbe¹ 1980 nach Beschäftigten-Größenklassen

Beschäftigte je Betrieb	Betriebe	Umsatz in Mill. DM	Darunter Auslandsumsatz in %	Exportquote in %	Auslandsumsatz je Betrieb in 1 000 DM	
1 - 19	249	560	10,7	0,2	1,9	43
20 - 49	727	3 800	250,3	5,0	6,6	344
50 - 99	297	3 359	348,5	6,9	10,4	1 173
100 - 199	199	5 424	574,7	11,4	10,6	2 888
200 - 499	129	5 665	1 064,0	21,1	18,8	8 248
500 und mehr	58	12 325	2 800,6	55,5	22,7	48 287
Insgesamt	1 659	31 134	5 048,9	100	16,2	3 043

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (monatlicher Berichtskreis)

werden aber ständig größer. Von einer Beschäftigtenzahl ab 200 Personen an sind die Betriebe im allgemeinen überdurchschnittlich am Exportgeschäft beteiligt. Auf die oberste nach oben offene Klasse mit 500 und mehr Beschäftigten je Betrieb entfielen im Jahre 1980 sogar über die Hälfte aller schleswig-holsteinischen Auslandsumsätze. Im Durchschnitt des Bundesgebietes ist die Häufigkeitsverteilung der Betriebe zwar ähnlich derjenigen in Schleswig-Holstein, jedoch sind die mittleren und oberen Beschäftigten-Größenklassen (ab 50 Beschäftigte aufwärts) durchweg relativ stärker besetzt.

Die für das Exportgeschäft ungünstigeren Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein haben in den letzten 20 Jahren dazu geführt, daß die Betriebe des verar-

beitenden Gewerbes im nördlichsten Bundesland mit der bundesweiten stürmischen Ausweitung der Auslandsumsätze im Durchschnitt nicht haben Schritt halten können. Hieran wird sich voraussichtlich auch in Zukunft kaum etwas ändern. Die im Vergleich zum Bundesgebiet bestehende allgemeine Struktur-schwäche kann langfristig durch wirtschaftspolitische Maßnahmen allenfalls gemildert werden. Sie zu beseitigen und Schleswig-Holstein etwa die Wirtschaftsstruktur des Bundesgebietes geben zu wollen, ist sicherlich unmöglich und wohl auch nicht erstrebenswert.

Klaus Scheithauer

Berufspendler 1980

Seit Beginn der Industrialisierung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ist es nicht mehr selbstverständlich, daß Erwerbstätige in der Nähe ihrer Arbeitsstätte auch wohnen. Infolge zunehmender Konzentration der Arbeitsstätten in den Städten sowie steigender Einwohnerzahlen wurden die täglichen Wege zur Arbeit vielmehr länger. In den letzten zwei Jahrzehnten ist zwar die Großstadtbevölkerung zugunsten einer dichteren Besiedlung des Umlandes zurückgegangen, die großen Arbeitsstätten sind jedoch meist in den Städten geblieben, so daß in vermehrtem Maße der Arbeitsweg mit Ortswechselln verbunden ist. Für diese täglichen Ortswechsel, hat sich die Bezeichnung „Pendelwanderung“ eingebürgert, für die Personen das Wort „Pendler“. Eine intensive Pendelwanderung ist heute geradezu ein Kennzeichen einer hochentwickelten Region.

Die Darstellung der räumlichen Verflechtung zwischen dem Wohnen und dem Arbeiten durch Erfassen der Pendlerströme ist seit geraumer Zeit eine wichtige Aufgabe von Volkszählungen. Hier gelten diejenigen Erwerbstätigen als Berufspendler, die auf ihrem werktäglichen Weg ihre Wohngemeinde verlassen (von ihnen unterschieden werden die Ausbildungspendler).

Jeder Pendler ist zugleich Einpendler, nämlich aus der Sicht der Ziel- oder Arbeitsgemeinde, und Auspendler, nämlich aus der Sicht der Herkunfts- oder Wohn-gemeinde. Bei den innerhalb Schleswig-Holsteins Pendelnden ist in der Summe die Zahl der Einpendler gleich der Zahl der Auspendler. Diese Gleichung gilt natürlich nicht für eine einzelne Gemeinde und ebensowenig für die Pendlerbeziehung Schleswig-Holsteins mit seinen Nachbarländern.

Zahlen über die Pendelwanderung gehören zu den gefragtesten Ergebnissen der Volkszählungen. Im Rahmen der Auswertungen der Volkszählung 1970 wurden deshalb auch sachlich und regional tief gegliederte Pendlerstatistiken erarbeitet, die nach nunmehr fast zwölf Jahren allerdings weitgehend überholt sind. Um die Nachfrage nach aktuellen Zahlen befriedigen zu können, sind Fragen zur Pendelwanderung erstmals in das Mikrozensusprogramm 1978 einbezogen worden, um ab dann in zweijährlichem Rhythmus gestellt zu werden. Die Ergebnisse der Befragung für 1980 liegen inzwischen vor, für 1982 ist die dritte Befragung vorgesehen.

Der Mikrozensus ist eine jährliche 1%-Stichprobe, die bei Haushalten Merkmale zur Bevölkerungsstatistik

und zur Erwerbstätigkeit erhebt. Der dem Mikrozensus zugrunde liegende Auswahlplan erlaubt zwar keine repräsentative Erhebung von Pendlerströmen zwischen einzelnen Gemeinden, es lassen sich jedoch summarisch die Pendelbewegungen

1. innerhalb der Gemeinden
2. zwischen den Gemeinden
3. über die Landesgrenze hinweg

hinlänglich genau¹ darstellen.

Da im strengen Sinne nur diejenigen Erwerbstätigen zu den Berufspendlern zählen, deren Arbeitsstätte und Wohnung in verschiedenen Gemeinden liegen und die diesen Weg werktätlich zurücklegen, stellen die unter Punkt 1. Genannten, die sogenannten innergemeindlichen Pendler, höchstens eine Sonderform dar. Da ihre Auswertung nur unter lokalen und engen regionalen Gesichtspunkten von Interesse ist, sollen sie hier vernachlässigt werden.

Dagegen finden Angaben über die die Landesgrenze überschreitenden Pendler wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Hamburg und dem Süden unseres Landes besondere Beachtung. So ist deren Zahl — zu 98 % sind es Berufstätige, die in Hamburg arbeiten — zum Beispiel aufschlußreich in bezug auf die Beteiligung der Schleswig-Holsteiner an der Erstellung des Hamburger Bruttoinlandsprodukts.

Die Pendlerfragen des Mikrozensus lehnen sich stark an die der Volkszählung 1970 an und lauteten folgendermaßen:

Ort und Weg zur Arbeitsstätte, (Hoch-)Schule, Kindergarten

Liegt die Arbeitsstätte, (Hoch-)Schule, Kindergarten*	Zeitaufwand für Hinweg	Das für die längste Wegstrecke benutzte Verkehrsmittel	Entfernung für Hinweg
innerhalb der Wohnsitzgemeinde,	bis 10 Min.	Bus	unter 10 km
	bis 20 Min.	Straßenbahn	10 b.u. 25 km
	bis 30 Min.	U/S-Bahn	25 b.u. 50 km
in einer anderen Gemeinde des gleichen Bundeslandes,	bis 45 Min.	Eisenbahn	50 km und mehr
	bis 1 Std.	PKW, Krad	Wechselnder Arbeitsplatz
	bis 1 ½ Std.	Moped, Mofa	
in einem anderen Bundesland,	über 1 ½ Std.	Fahrrad	
		zu Fuß	
im Ausland?		Sonstiges	

*) Die Frage nach dem Zielort war bei der Erhebung 1978 in der Form leicht abgewandelt

1) Der bei Stichproben unvermeidliche Stichprobenfehler wirkt sich natürlich auch hier aus

Bei der Volkszählung sah die Frage nach dem benutzten Verkehrsmittel zwar mehr Antwortkategorien vor, der Zeitaufwand wurde aber damals nur nach 5 Klassen unterteilt, wobei die obere offene Klasse bereits bei „60 Minuten und mehr“ ansetzte. Vor allem aber fehlten 1970 Angaben über die Entfernung zur Arbeitsstätte.

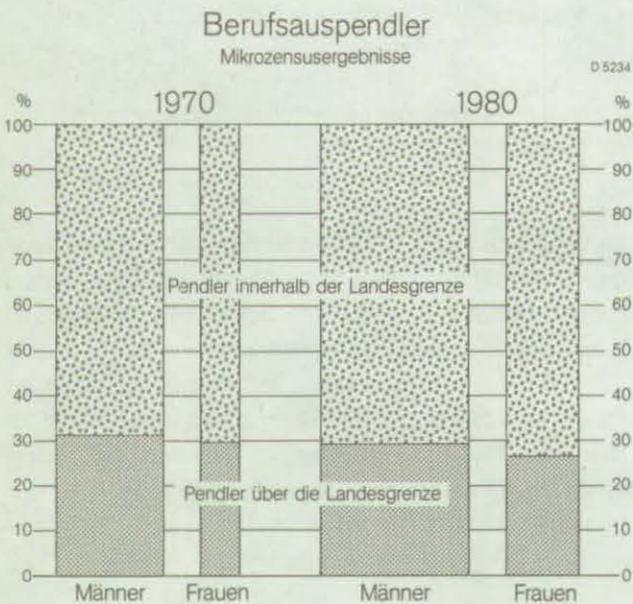
Fast jeder 4. Erwerbstätige ist ein Pendler

Unter den im April 1980 ermittelten 1 128 000 Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein waren 461 000 Auspendler; das entspricht einer Pendlerquote — der Anteil der Auspendler an den Erwerbstätigen — von 41 %. Verglichen mit 1970 ist das eine Zunahme um 12 Prozentpunkte². Bei Männern liegt die Pendlerquote mit 44 % (1970: 33 %) deutlich höher als bei den Frauen (35 %, 1970: 23 %). Die berufliche Mobilität unserer Bevölkerung hat im Laufe der letzten 10 Jahre also erheblich zugenommen!

Berufsauspendler		1970	1978	1980	
		in 1000			
		Zunahme gegenüber 1970 in %			
Berufspendler insgesamt	männl.	222	291	311	40
	weibl.	81	136	150	85
	zus.	303	428	461	52
davon					
innerhalb Schleswig-Holsteins	männl.	153	205	221	44
	weibl.	57	101	111	95
	zus.	211	306	331	57
über die Landesgrenze	männl.	68	86	91	34
	weibl.	24	35	39	63
	zus.	93	121	130	40

2) 1978 betrug die Pendlerquote 39 %, lag also um 2 Prozentpunkte unter der von 1980. Derartige Abweichungen müssen nicht durch Änderung der realen Verhältnisse begründet sein, sondern können ihre Ursache in dem bereits genannten Stichprobenfehler haben, der dadurch entsteht, daß nur ein Teil der Gesamtheit in die Stichprobe einbezogen wird. Dieser Fehler, der insbesondere von der Häufigkeit des beobachteten Merkmals abhängt, ist bestimmbar durch die Berechnung von Vertrauensbereichen

Von den 461 000 Berufspendlern des Jahres 1980 überschritten 130 000, das sind 28 %, die Landesgrenzen. Ihre Wege führten fast ausschließlich nach Hamburg. Der Anteil der Pendler über die Landesgrenzen an allen Pendlern ist übrigens in den vergangenen 10 Jahren geringfügig gesunken — ein Zeichen für die wirtschaftliche Entwicklung des an Hamburg angrenzenden südlichen Schleswig-Holsteins! Die an und für sich schon bemerkenswerte Zunahme der Pendelwanderungen — in 10 Jahren um mehr als die Hälfte — ist wesentlich durch die weiblichen Pendler beeinflusst worden. Ihr Anteil hat sich fast verdoppelt!



Diese Entwicklung ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: Zum einen auf die erhöhte Mobilität der Bevölkerung, die sich in einer kräftigen Zunahme der Pendlerquote ausdrückt, und zum anderen auf einen Anstieg der Zahl der weiblichen Erwerbstätigen, die gegenüber 1970 um 21 % zugenommen hat, während die der Männer sich nur unwesentlich erhöht hat (3 %). Inwieweit eine verbesserte schulische und berufliche Ausbildung sowie eine veränderte Einstellung zur Berufstätigkeit die Anpassung an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes erleichtert haben und damit eine größere Mobilität bewirkt haben, läßt sich aus dem vorliegenden Zahlenmaterial leider nicht ableiten. Dazu bedürfte es weiteren, tiefergegliederten Materials, wie es nur im Rahmen von Volkszählungen anfällt.

Wie schon gesagt, sind die Ergebnisse des Mikrozensus mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Neben dem bereits genannten Stichprobenfehler sind dies vor allem Mängel, die mit dem langen zeitlichen

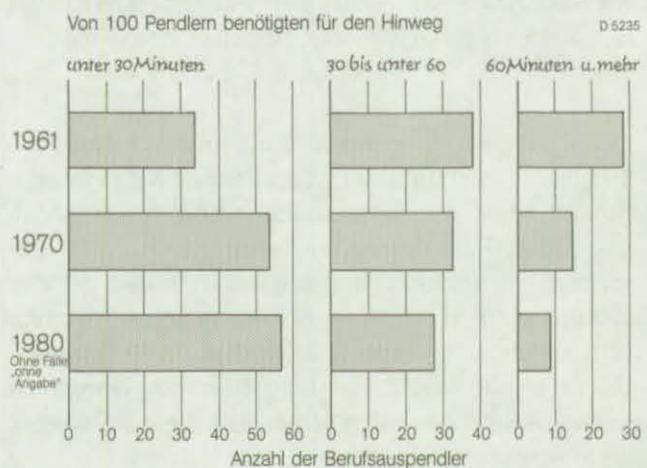
Abstand der letzten Volkszählung (1970) zusammenhängen; denn Volkszählungen beeinflussen den Mikrozensus auf zweifache Weise: Zum einen liefern sie die Auswahlgrundlage für diese Stichprobe und zum anderen stellen sie die Bevölkerungsfortschreibung auf eine neue Basis (mit dem bei der letzten Volkszählung festgestellten Bestand an Einwohnern werden die laufenden Veränderungen verrechnet). Je älter nun eine Auswahlgrundlage und ein Melderegister sind, desto fehlerhafter sind sie. Bei der Aufbereitung des Mikrozensus wirkt sich die Überhöhung der laut Bevölkerungsfortschreibung festgestellten Einwohnerzahl verfälschend aus, da die Mikrozensusergebnisse an diese überhöhte Einwohnerzahl anzupassen sind. Das ist unter der Voraussetzung einer richtigen Einwohnerzahl eine vernünftige Methode, die sicherstellen kann, daß tatsächlich 1 % der Bevölkerung in den Mikrozensusergebnissen ausgewiesen wird und nicht nur 0,9 % oder 1,1 %. Ist diese „Grundgesamtheit“ aber zu hoch oder zu niedrig, so werden auch zu hohe oder zu niedrige Stichprobenergebnisse ausgewiesen. Richtung und Ausmaß der durch die Mikrozensusergebnisse beschriebenen Entwicklung entsprechen jedoch der Wirklichkeit. Dies bestätigt nicht zuletzt die gute Übereinstimmung der Stichproben von 1978 und 1980.

*Grundgesamtheit
von Bevölkerung
für die Ergebnisse
beeinflusst
allenfalls
die Signifikanz*

Durchschnittlicher Zeitaufwand rückläufig

Von den innerhalb Schleswig-Holsteins Pendelnden benötigen 62 % zwischen 10 und 30 Minuten für den Hinweg zur Arbeitsstelle. Unter ihnen haben 36 % einen zeitlichen Aufwand von nur 10 bis 20 Minuten. Wege, die mehr als 60 Minuten in Anspruch nehmen, sind selten. Obwohl Männer und Frauen sich in bezug

Wegezeitaufwand der Berufsauspendler



auf das benutzte Verkehrsmittel nicht unwesentlich unterscheiden, ist der Zeitaufwand für beide Geschlechter ähnlich hoch.

Demgegenüber ist die Anfahrt der Pendler über die Landesgrenze deutlich zeitraubender. 64 % benötigen mehr als eine halbe Stunde. Jeder fünfte Hamburg-Pendler braucht sogar mehr als eine Stunde für eine Strecke.

Wie das Bild zeigt, ist der durchschnittliche Zeitaufwand seit der Volkszählung 1961 dennoch erheblich gesunken. Das ist zweifellos auf die drastisch gestiegene Motorisierung zurückzuführen.

Veränderung der Wegezeiten (bessere Auslastung)

Steigende Beliebtheit des PKW

Da der PKW und das Motorrad zu einer Kategorie zusammengefaßt worden sind, lassen sich Zahlen für den PKW allein nicht aufbereiten. Durch Hinzuziehen der laufenden Kfz.-Zulassungsziffern läßt sich aber belegen, daß das Motorrad als Verkehrsmittel gegenüber dem Auto eine sehr geringe Rolle spielt. Man kann daher ohne weiteres sagen, daß der PKW für männliche und weibliche Berufspendler das mit weitem Abstand wichtigste Verkehrsmittel ist. Seine Bedeutung hat gegenüber 1970 weiter zugenommen; damals fuhren erst 55 % der Berufspendler mit dem PKW, 1980 schon 68 %. Sofern sich das Fahrverhalten seit der letzten Volkszählung nicht entscheidend geändert hat, handelt es sich bei dem PKW meist um das eigene Auto; denn 1970 wurde festgestellt, daß 87 % der PKW-fahrenden Pendler das Auto als Selbstfahrer benutzten, nur 13 % fuhren in einem fremden Auto mit.

Im Pendelverkehr innerhalb Schleswig-Holsteins ist der Bus mit weitem Abstand hinter dem PKW das zweitwichtigste Verkehrsmittel. Jeder 14. männliche und jede 5. weibliche Berufstätige benutzt ihn überwiegend. Daneben haben die anderen öffentlichen Personenverkehrsmittel nur nebensächliche Bedeutung.

Der Berufsverkehr mit Hamburg unterscheidet sich erheblich von dem innerhalb Schleswig-Holsteins. Sowohl das gut ausgebaute schienengebundene öffentliche Personen-Nahverkehrsnetz — viele Gemeinden im Umland Hamburgs sind an das S- oder U-Bahnnetz und damit an den Hamburger Verkehrsverbund angeschlossen — als auch die hohe Verkehrsdichte im Großraum Hamburg bewirken wesentlich höhere Anteile des öffentlichen Personennahverkehrs als in Schleswig-Holstein.

Berufsauspendler 1980 nach dem Verkehrsmittel¹

Berufsauspendler		PKW/ Motorrad	Bus		U-/S-/ Eisenbahn	
			in %			
Berufspendler insgesamt	männlich	72	6	8		
	weiblich	57	18	10		
	zusammen	68	10	9		
davon						
innerhalb	männlich	76	7	3		
Schleswig-Holsteins	weiblich	59	21	5		
	zusammen	70	12	4		
über die	männlich	63	5	21		
Landesgrenze	weiblich	53	10	26		
	zusammen	60	6	22		

1) Fälle „ohne Angabe“ und Fälle mit Benutzung eines hier nicht genannten Verkehrsmittels fehlen in dieser Tabelle

Im Vergleich zu 1970 haben sich dennoch die Anteile des öffentlichen Personennahverkehrs verringert: Damals benutzten noch 34 % der Pendler nach Hamburg schienengebundene Verkehrsmittel und nur 52 % PKW oder Motorrad, 1980 benutzten dagegen 22 % die Schiene und 60 % ein privates Kraftfahrzeug. Der Anteil der Kfz.-Benutzer hat sich seit 1970 allerdings (+ 8 Punkte) nicht so stark erhöht wie innerhalb Schleswig-Holsteins (+ 13 Punkte).

Bei beiden Pendlergruppen fällt auf, daß Männer in weit höherem Maße individuelle Verkehrsmittel benutzen als Frauen, diese also zu einem höheren Anteil öffentliche Verkehrsmittel wählen oder darauf angewiesen sind.

Jeder 9. Hamburg-Pendler fährt weiter als 50 km

Während vier Fünftel der innerhalb des Landes Pendelnden auf Wegen unter 25 km Länge zu ihrer Arbeitsstelle gelangen, jeder Dritte sogar nur weniger als 10 km zu fahren braucht, und Entfernungen über 50 km selten sind, ist die Pendlerverflechtung mit Hamburg wesentlich weiträumiger. Wege unter 10 km sind hier am wenigsten genannt worden; unter 25 km lang ist der Weg nur für 33 % der Berufsauspendler nach Hamburg. Die am stärksten besetzte Kategorie ist mit einem Anteil von 39 % die von 25 bis unter 50 km. 11 % der Pendler über die Landesgrenze benötigen sogar 50 km und mehr, das heißt für Hin- und Rückweg über 100 km pro Tag!

Berufsauspendler 1980 nach der Entfernung zur Arbeitsstätte ¹

Berufsauspendler	Mit einem Wegeaufwand von ...			
	unter 10 km	10-25 km	25-50 km in %	50 km u. mehr
Berufspendler insgesamt	25	42	20	6
davon				
innerhalb Schleswig-Holsteins	33	45	13	4
über die Landesgrenze	7	33	39	11

1) Fälle „ohne Angabe“ fehlen in dieser Tabelle

nach der Entfernung gefragt worden ist. Da sich mit Hilfe des Mikrozensus keine Gemeindeergebnisse aufbereiten lassen, kann man auch nicht gemeinde- oder kreisweise feststellen, ob die Zahl der Auspendler nach Hamburg aus entfernteren Gegenden Schleswig-Holsteins zugenommen hat. Man kann somit nicht sagen, wie die Sogwirkung Hamburgs beschaffen ist. Wie viele andere, so läßt sich auch diese Frage nur nach Vorliegen der Ergebnisse der nächsten Volkszählung beantworten.

Jörg Rüdell

Es ist leider nicht möglich, diese Ergebnisse mit 1970 zu vergleichen, da, wie bereits gesagt, damals nicht

Hinweis: Vergleiche auch: „Berufspendler 1978“ in dieser Zeitschrift, Heft 2/1980, S. 30.

5. Die Wahlen zum Schleswig-Holsteinischen Landtag und zum Deutschen Bundestag in Schleswig-Holstein

Das Wahlrecht beginnt mit der Volljährigkeit (21 Jahre). Ausgeschlossen sind Entmündigte und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Verurteilte; bei den ersten Wahlen waren belastete Nationalsozialisten ausgeschlossen. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt. Während bei den Bundestagswahlen (ab 1953) die Hälfte der

Abgeordneten direkt mit relativer Mehrheit in den Wahlkreisen (Erststimmen), die andere Hälfte über die Landesliste nach dem d' Hondt'schen Höchstzahlverfahren (Zweitstimmen) gewählt wird, beträgt die entsprechende Relation der Wahlkreismandate zu den Listenmandaten bei den Landtagswahlen 3:2 (1950 = 2:1). Sperrklauseln gegen kleine Parteien (unter 5% der gültigen Stimmen) sollen die Parteienzersplitterung des reinen Verhältniswahlrechts (siehe Tab. 1b und 2b) auffangen.

	Landtagswahlen am					Bundestagswahlen am				
	20. 4. 1947	9. 7. 1950	12. 9. 1954	28. 9. 1958	23. 9. 1962	14. 8. 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9. 1961	19. 9. 1965
	Zweitstimmen									
Wahlberechtigte in % der Bevölkerung	1594 794 60,9	1715 604 64,2	1548 832 66,5	1567 411 69,1	1653 858 71,4	1731 022 64,3	1573 480 65,7	1541 196 68,3	1626 141 70,2	1687 266 69,7
Abgegebene Stimmen in % der Wahlberechtigten	1113 005 69,8	1341 780 78,2	1217 519 78,6	1233 578 78,7	1160 115 70,1	1431 020 82,7	1391 768 88,5	1367 225 88,7	1431 704 88,0	1448 994 85,9
Ungültige Stimmen in % der abgegebenen Stimmen	39 801 3,6	30 738 2,3	23 231 1,9	16 563 1,3	14 119 1,2	33 349 2,3	39 706 2,9	55 180 4,0	68 338 4,8	32 252 2,2
Gültige Stimmen	1073 204	1311 042	1194 288	1217 015	1145 996	1397 671	1352 062	1312 045	1363 366	1416 742
davon entfielen auf										
Christlich-Demokratische Union	365 534 34,1	258 961 19,8	384 875 32,2	540 774 44,4	516 073 45,0	428 956 30,7	636 570 47,1	631 147 48,1	569 216 41,8	682 626 48,2
Gewählte Abgeordnete	21	16	25	33	34	8	14	14	13	11
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	469 994 43,8	360 233 27,5	396 073 33,2	436 966 35,9	449 470 39,2	413 257 29,6	357 798 26,5	404 595 30,8	495 728 36,4	549 901 38,8
Gewählte Abgeordnete	43	19	25	26	29	8	7	7	8	8
Freie Demokratische Partei	53 359 5,0	92 466 7,1	89 415 7,5	65 140 5,4	90 310 7,9	103 492 7,4	61 486 4,5	73 656 5,6	188 619 13,8	132 761 9,4
Gewählte Abgeordnete	-	8	5	3	5	2	1	1	3	2
Block der Heimat- vertriebenen und Entrechteten 1)	.	306 660 23,4	167 320 14,0	84 262 6,9	48 459 4,2	.	157 138 11,6	109 510 8,3	.	-
Gewählte Abgeordnete	.	15	10	5	5	.	3	-	3	-
Deutsche Partei 2)	.	125 697 9,6	61 277 5,1	33 994 2,8	.	169 240 12,1	54 170 4,0	49 339 3,8	.	-
Gewählte Abgeordnete	.	7	4	-	-	3	1	1	-	-
Sonstige Parteien und Parteilose	184 317 ^a 17,2	167 025 ^b 12,7	95 328 ^c 8,0	55 879 ^d 4,6	41 684 ^e 3,6	282 726 ^f 20,2	84 900 ^g 6,3	43 798 ^h 3,3	56 983 ⁱ 4,2	51 454 ^k 3,6
Gewählte Abgeordnete	SSV 6	SSW 4	-	SSW 2	SSW 1	SSW 1 parteilos 1	-	-	-	-

- 1) bei den Landtagswahlen 1954/58 und Bundestagswahlen 1953/1957 als "Gesamtdeutscher Block - BHE", bei den Landtagswahlen 1962 und Bundestagswahlen 1961 mit der Deutschen Partei zusammen als "Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE)" aufgetreten
- 2) bei den Landtagswahlen 1954 zusammen mit der "Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft" als "Schleswig-Holstein-Block", 1958 als "Deutsche Partei (Schleswig-Holstein-Block)" aufgetreten; siehe auch Fußnote 1
- a) Südschleswigscher Verein (99 500 = 9,3 %), Kommunistische Partei Deutschlands (50 398 = 4,7 %), Deutsche Konservative Partei (32 848 = 3,1 %), Deutsche Zentrumspartei (1 082 = 0,1 %), Parteilose (489 = 0,0 %)
- b) Südschleswigscher Wählerverband (71 864 = 5,5 %), Kommunistische Partei Deutschlands (28 319 = 2,2 %), Deutsche Reichspartei (37 115 = 2,8 %), Sozialistische Reichspartei (21 049 = 1,6 %), Parteilose (8 678 = 0,7 %)
- c) Südschleswigscher Wählerverband (42 242 = 3,5 %), Deutsche Reichspartei (17 318 = 1,5 %), Kommunistische Partei Deutschlands (24 731 = 2,1 %), Bund der Deutschen (10 009 = 0,8 %), Schleswig-Holsteinische Landespartei (1 028 = 0,1 %)
- d) Südschleswigscher Wählerverband (34 136 = 2,8 %), Deutsche Reichspartei (12 950 = 1,1 %), Bund der Deutschen (5 037 = 0,5 %), Parteilose (2 756 = 0,2 %)
- e) Südschleswigscher Wählerverband (26 883 = 2,3 %), Deutsche Friedens-Union (13 758 = 1,2 %), Deutsche Gemeinschaft (1 043 = 0,1 %)
- f) Südschleswigscher Wählerverband (75 388 = 5,4 %), Kommunistische Partei Deutschlands (43 744 = 3,1 %), Deutsche Konservative Partei (27 066 = 1,9 %), Deutsche Zentrumspartei (12 606 = 0,9 %), Radikal-Soziale Freiheitspartei (18 122 = 1,3 %), Parteilose (105 800 = 7,6 %)
- g) Südschleswigscher Wählerverband (44 585 = 3,3 %), Kommunistische Partei Deutschlands (16 772 = 1,2 %), Nationale Sammlung (4 734 = 0,4 %), Deutsche Reichspartei (12 794 = 0,9 %), Gesamtdeutsche Volkspartei (6 015 = 0,4 %)
- h) Südschleswigscher Wählerverband (32 262 = 2,5 %), Deutsche Reichspartei (9 009 = 0,7 %), Bund der Deutschen (2 527 = 0,2 %)
- i) Südschleswigscher Wählerverband (25 449 = 1,9 %), Deutsche Friedens-Union (17 951 = 1,3 %), Deutsche Reichspartei (12 114 = 0,9 %), Deutsche Gemeinschaft (1 469 = 0,1 %)
- k) Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (2 887 = 0,2 %), Deutsche Friedens-Union (14 503 = 1,0 %), Nationaldemokratische Partei Deutschlands (34 064 = 2,4 %)

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

34. Jahrgang . Heft 1 . Januar 1982

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981				
			Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 595	2 605	2 610	2 611	2 611	2 620	2 620	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 089	1 122	1 156	1 195	812	1 418	1 295	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,0	5,2	5,4	5,4	3,8	6,4	5,7	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 901	2 045	1 994	2 152	1 807	2 202	2 102	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,4	9,3	9,7	8,4	9,9	9,8	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 617	2 607	2 461	2 604	2 455	2 487	2 488	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,1	12,0	11,5	11,7	11,4	11,2	11,6	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	25	23	37	23	17	25	19	
* je 1 000 Lebendgeborene		13,0	11,4	18,6	10,7	9,4	11,4	9,0	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 716	- 561	- 467	- 452	- 648	- 285	- 386	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,3	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 3,0	- 1,3	- 1,8	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 397	6 678	7 724	7 883	5 526	7 419	6 759	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 038	5 094	6 393	6 718	4 652	5 689	6 496	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 359	+ 1 584	+ 1 331	+ 1 165	+ 874	+ 1 730	+ 263	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 129	10 428	11 898	12 365	10 308	11 130	10 404	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 564	22 200	26 015	26 966	20 486	24 238	23 659	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		147	150	177	177	143	159	158	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	39	39	34	40	46	58	59	68	77	
darunter *Männer	1 000	18	19	16	18	22	30	31	36	43	
Kurzarbeiter	1 000	2,6	1,8	1,4	1,8	4,1	5,1	6,3	6,8	10,7	
darunter Männer	1 000	1,9	1,1	0,8	1,0	2,4	4,0	4,7	5,3	8,6	
Offene Stellen	1 000	12,2	11,8	9,9	9,4	8,3	7,3	5,9	4,6	4,0	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 552 ^a	1 553 ^a	
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	511 ^a	520 ^a	
*Schweine	1 000	1 854 ^a	1 807 ^a	.	.	.	1 874	.	.	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	201 ^a	199 ^a	.	.	.	191	.	.	.	
darunter *trächtig	1 000	134 ^a	134 ^a	.	.	.	127	.	.	.	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	41	51	71	49	34	47	60	45	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	256 ^b	259 ^c	276	285	260	237	232	252	254	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	5 ^b	4 ^c	3	4	8	2	2	4	8	
*Schlachtungsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,9	32,2	37,4	43,3	33,6	28,6	32,2	37,4	31,7	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,5	11,5	15,1	20,4	12,8	9,9	13,7	17,2	11,7	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	20,1	20,5	22,0	22,7	20,5	18,5	18,3	20,0	19,9	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	286	285	297	295	273	289	293	292	269	
Kälber	kg	103	101	106	102	99	99	101	108	100	
Schweine	kg	80	80	80	81	82	79	80	80	81	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier 6)	*für Legehennenküken	1 000	142	127	143	73	119	129	132	126	123
	für Masthühnerküken	1 000	1 082	1 099	1 019	1 004	1 074	1 286	1 019	1 081	1 088
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	970	927	1 015	1 100	835	906	965	965	872	
*Milcherzeugung											
1 000 t		199	205	156	164	166	178	159	166	168	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	97	94	94	95	97	95	95	96	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,7	13,0	10,1	10,3	10,8	11,1	10,2	10,3	10,8	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1979/80 = 6 c) Winterhalbjahr 1980/81 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Produzierendes Gewerbe											
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	183	186	185	184	181	181	181	180	
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	128	130	132	131	130	127	127	127	126	
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 853	19 117	19 816	20 996	19 271	17 459	19 085	19 531	18 737	
*Löhne (brutto)	Mill. DM	281,3	308,4	303,0	314,0	390,4	307,4	304,3	309,2	391,2	
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	163,0	180,5	172,0	172,0	239,1	184,5	181,6	178,7	255,6	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 244	1 395	1 350	1 336	1 658	1 311	1 458	1 373	1 452	
aus dem Inland	Mill. DM	930	1 010	1 021	1 017	1 467	913	1 039	977	1 049	
aus dem Ausland	Mill. DM	314	385	329	318	391	398	419	396	403	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 381	2 595	2 715	2 864	2 617	2 616	2 989	3 031	2 868	
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 009	2 174	2 275	2 428	2 220	2 145	2 478	2 482	2 320	
Auslandsumsatz	Mill. DM	372	421	440	436	397	471	512	548	547	
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	30	31	41	39	28	31	31	35	
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	30,8	29,3	28,9	31,3	32,6	36,4	36,8	40,7	37,7	
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	2,4	1,1	0,7	1,0	1,0	0,6	0,3	0,3	0,3	
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	28,5	28,2	28,2	30,3	31,6	35,8	36,6	40,4	37,4	
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	105	105	59	94	93	87	67	102	88	
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	14	10	12	14	7	8	11	12	
*schweres Heizöl	1 000 t	86	91	49	82	78	80	59	91	76	
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	215	225	211	246	232	229	229	250	225	
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	30	40	43	29	30	39	39	
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)											
Bauhauptgewerbe⁶⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	57 160	57 610	59 032	57 999	57 307	55 333	54 400	52 958	...	
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 486	6 582	8 211	8 211	6 763	7 015	7 509	6 943	...	
darunter für											
*Wohnungsbauten	1 000	3 024	2 971	3 603	3 591	3 057	3 012	3 233	2 983	...	
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 078	1 179	1 440	1 501	1 194	1 312	1 352	1 248	...	
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 168	2 264	2 925	2 876	2 361	2 482	2 715	2 551	...	
*Löhne (brutto)	Mill. DM	108,6	119,7	145,9	145,7	147,5	129,4	137,0	127,5	...	
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	17,0	18,3	17,7	17,8	25,4	18,2	17,9	17,7	...	
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	331,9	417,5	561,2	573,7	498,7	442,1	501,1	433,8	...	
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	257,5	251,4	318,3	260,2	180,0	213,2	235,3	185,0	...	
Ausbaugewerbe											
Beschäftigte ⁸⁾	Anzahl	8 912	8 808	9 102	9 274	9 198	9 057	9 129	9 172	9 037	
Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000	1 079	1 057	1 148	1 224	1 080	1 054	1 154	1 156	1 097	
Löhne und Gehälter ⁸⁾	Mill. DM	18,3	19,5	20,1	21,2	22,1	20,5	21,1	21,0	23,0	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	50,4	55,9	57,6	70,0	74,4	53,1	62,0	63,4	73,5	
Öffentliche Energieversorgung											
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	674	710	572	591	955	914	608	917	...	
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	767	788	698	822	851	725	720	849	...	
*Gaserzeugung (brutto) ³⁾	Mill. m ³	5	4	2	3	5	2	2	
Handwerk											
Handwerk (Metzahlen)⁹⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30. 9. 1976 ⁹⁾ 100	106,4	109,1	112,3	3. Vj. 80	109,3	3. Vj. 1981	108,7	4. Vj. 1981	...	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. -D 1976 ⁹⁾ 100	121,9	135,0	140,3		163,2		136,6		...	

²⁾ Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 ²⁾ 1 t Steinkohle ³⁾ 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) ³⁾ 1 000 m³ Gas (H₂ ³⁾ 35,169 MJ/m³) ⁴⁾ 1,2 t SKE ⁴⁾ 1 t Heizöl, leicht ⁴⁾ 1,46 t SKE, schwer ⁴⁾ 1,40 t SKE

⁵⁾ 1 000 kWh Strom ⁵⁾ 0,123 t SKE ⁶⁾ Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 ⁷⁾ Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten ⁸⁾ im ausbaugewerblichen Betriebsstil ⁹⁾ ohne handwerkliche Nebetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 056	903	923	952	739	727	591	596	391
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	910	743	738	779	587	551	420	465	276
*2 Wohnungen	Anzahl	101	119	142	112	116	99	126	75	68
*Rauminhalt	1 000 m ³	915	825	840	841	641	765	596	562	448
*Wohnfläche	1 000 m ²	155	141	143	146	111	137	105	103	78
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	176	213	193	147	172	145	142	108
*Rauminhalt	1 000 m ³	678	669	645	668	455	725	614	526	397
*Nutzfläche	1 000 m ²	117	114	119	112	804	127	101	98	67
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 607	1 580	1 543	1 630	1 202	1 617	1 333	1 263	985
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	467,2	511,4	473,8	522,3	431,1	638,9	630,7	679,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	79,4	97,7	78,8	101,3	85,0	116,5	110,6	126,4	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	387,9	413,7	395,1	421,0	346,2	522,4	520,1	552,7	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	10,8	10,4	12,1	13,5	8,8	11,3	15,2	16,4	...
*Halbwaren	Mill. DM	42,6	61,6	56,6	49,7	41,9	68,6	85,4	73,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	334,4	341,7	326,4	357,8	295,4	442,5	419,4	462,6	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	33,8	39,3	44,9	42,8	32,6	48,2	56,0	53,0	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	300,6	302,3	281,5	315,0	262,8	394,3	363,5	409,6	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	210,8	236,4	214,3	214,2	194,4	247,8	286,0	267,5	...
darunter Frankreich	Mill. DM	39,5	52,4	42,0	41,1	35,7	42,7	59,0	51,1	...
Niederlande	Mill. DM	42,7	45,9	42,7	46,8	45,7	56,3	40,4	43,8	...
Dänemark	Mill. DM	46,7	51,2	49,9	46,2	37,3	64,9	58,2	56,8	...
Großbritannien	Mill. DM	41,2	39,2	37,6	32,9	37,1	30,2	43,3	51,7	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	211,6	221,7	211,1	228,9	233,3
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	174,0	184,9	215,3	173,7	136,6
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
*Ankünfte	1 000	.	.	276	369	281
darunter *von Auslandsgästen	1 000	.	.	30	35	25
*Übernachtungen	1 000	.	.	1 584	3 055	1 699
darunter *von Auslandsgästen	1 000	.	.	65	62	49
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 249	1 205	1 283	1 095	1 087
Güterversand	1 000 t	496	498	570	473	476
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	200	202	230	205	192	186	222	236	183
*Güterversand	1 000 t	227	208	232	209	174	239	184	188	123
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	299	377	153	111	52	243	179
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	8 568	8 047	7 437	7 959	6 606	5 257	6 956
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	547	536	496	545	497	344	378
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 401	1 474	1 705	1 642	1 526	1 857	1 654	p 1 539	p 1 631
*Getötete Personen	Anzahl	44	44	39	54	44	40	56	p 44	p 61
*Verletzte Personen	Anzahl	1 828	1 909	2 139	2 074	1 949	2 428	2 057	p 1 972	p 2 024

*Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
		Monats- durchschnitt ¹⁾		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	46 900	52 677	50 505	50 911	51 782	55 796	56 592	57 173	57 350
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	45 026	50 863	48 745	49 147	50 000	53 906	54 742	55 341	55 519
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 866	8 893	8 442	8 412	8 522	8 960	9 131	9 103	8 947
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 764	8 766	8 413	8 331	8 440	8 616	8 954	8 872	8 714
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	102	127	29	81	82	344	177	232	234
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 798	5 420	5 035	5 066	5 277	6 499	6 755	6 887	6 942
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 603	4 027	3 799	3 826	3 922	4 737	4 853	4 888	4 911
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 194	1 393	1 236	1 240	1 355	1 762	1 901	1 998	2 030
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	32 362	36 550	35 268	35 669	36 200	38 447	38 857	39 351	39 630
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 565	28 553	27 760	28 032	28 309	29 607	29 732	29 890	30 014
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 797	7 997	7 508	7 637	7 891	8 840	9 125	9 461	9 616
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	32 142	34 504	32 869	33 102	33 697	34 656	34 668	34 822	35 249
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	18 340	20 576	19 688	19 901	20 493	21 702	21 809	21 983	22 379
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	13 261	15 050	14 420	14 564	15 122	16 043	16 235	16 388	16 720
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 079	5 526	5 268	5 338	5 371	5 659	5 574	5 595	5 659
*Spareinlagen	Mill. DM	13 802	13 928	13 182	13 200	13 204	12 954	12 859	12 839	12 869
*bei Sparkassen (ab Dez. 80: Spareinlagen, Sparbriefe, Namenssparschuldverschreibungen)	Mill. DM	7 797	7 924	7 503	7 514	7 519	9 551	9 527	9 545	9 559
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	659	728	582	614	595	669	642	646	651
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	630	719	587	597	593	699	739	669	624
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	27	36	23	53	40	42	49	66	60
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,1	0,3	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	298	324	348	386	348	329	453
*Wechselsumme	Mill. DM	1,8	2,0	2,1	2,3	2,3	2,0	3,5
Steuern										
		Vierteljahres- durchschnitt			3.Vj.80			3.Vj.81		
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 886,0	2 109,0	2 128,1	.	.	.	2 130,2	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 385,0	1 521,0	1 548,9	.	.	.	1 542,2	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	852,8	1 019,7	1 050,8	.	.	.	1 102,9	.	.
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	386,3	349,3	353,7	.	.	.	265,8	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	9,5	14,9	20,5	.	.	.	27,3	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	136,4	137,2	123,9	.	.	.	146,2	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	501,0	588,1	579,2	.	.	.	588,0	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	349,2	398,3	394,6	.	.	.	398,9	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	151,8	189,8	184,7	.	.	.	189,1	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	140,6	127,0	105,9	.	.	.	76,2	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,4	0,3	0,5	.	.	.	0,1	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	130,7	116,9	98,5	.	.	.	76,1	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	133,7	130,8	153,2	.	.	.	114,1	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,2	28,6	23,8	.	.	.	26,5	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	76,0	67,8	94,6	.	.	.	82,3	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	4,2	4,3	5,3	.	.	.	5,2	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	284,9	288,3	311,9	.	.	.	299,5	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,0	7,1	7,1	.	.	.	7,8	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	49,9	50,3	58,9	.	.	.	64,4	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	188,4	203,8	222,6	.	.	.	208,7	.	.
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	20,2	4,7	0,2	.	.	.	0,1	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 077,8	1 132,6	1 125,6	.	.	.	1 101,6	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	559,7	582,0	601,4	.	.	.	597,2	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	338,2	397,0	391,0	.	.	.	396,9	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	39,3	26,6	27,3	.	.	.	24,1	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 105,3	1 190,4	1 228,6	.	.	.	1 207,9	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	643,9	714,7	716,3	.	.	.	717,8	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	288,4	318,4	331,8	.	.	.	325,2	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	39,4	26,6	27,3	.	.	.	24,1	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	386,1	456,4	454,6	.	.	.	443,7	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	109,6	150,5	168,0	.	.	.	159,8	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	179,9	221,3	197,3	.	.	.	193,0	.	.

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1979	1980	1980			1981				
			Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1976 = 100										
Einfuhrpreise	109,1	125,3	124,7	127,0	129,8	149,1	146,9
Ausfuhrpreise	108,2	115,1	115,6	116,1	116,5	122,9	122,9
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1970 = 100)	156,1	173,6	174,6	176,1	178,5	197,4	196,9
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	108,9	117,1	117,7	118,7	119,5	128,0	128,2	129,0
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	96,9	99,3	97,2	98,8	101,1	103,3	p 106,8	p 108,3
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	121,1	134,1	.	.	136,9	143,4
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	106,0	112,7	112,6	113,2	114,9	123,4	124,2	124,4
Einzelhandelspreise	110,1	116,1	116,5	116,7	117,4	122,5	123,1	123,5	124,3	...
*Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	110,9	117,0	117,7	117,9	118,6	124,8	125,4	125,8	126,4	...
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	108,2	112,7	112,9	112,5	113,1	117,9	118,3	119,0	119,8	...
Kleidung, Schuhe	114,2	120,8	122,1	122,6	123,2	127,0	127,9	128,6	129,5	...
Wohnungsmieten	109,8	115,4	116,5	116,7	117,0	121,3	121,7	122,2	122,6	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	124,8	137,6	134,7	137,6	141,1	162,9	164,7	163,8	166,0	...
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	110,2	116,7	117,4	118,1	119,1	123,5	124,0	124,8	126,1	...
Löhne und Gehälter										
- Effektivverdienste in DM -										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	577	609	.	620	.	.	.	642	.	.
darunter *Facharbeiter	607	644	.	656	.	.	.	676	.	.
*weibliche Arbeiter	377	400	.	405	.	.	.	426	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	361	385	.	388	.	.	.	406	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	13,45	14,35	.	14,64	.	.	.	15,30	.	.
darunter *Facharbeiter	14,16	15,14	.	15,44	.	.	.	16,10	.	.
*weibliche Arbeiter	9,37	9,99	.	10,15	.	.	.	10,69	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	8,97	9,60	.	9,72	.	.	.	10,23	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	42,7	42,4	.	42,3	.	.	.	41,9	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	40,1	40,1	.	39,9	.	.	.	39,8	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 086	3 319	.	3 369	.	.	.	3 561	.	.
*weiblich	2 126	2 272	.	2 306	.	.	.	2 443	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	3 305	3 526	.	3 580	.	.	.	3 735	.	.
*weiblich	2 040	2 192	.	2 231	.	.	.	2 353	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	2 675	2 863	.	2 904	.	.	.	3 086	.	.
*weiblich	1 806	1 943	.	1 983	.	.	.	2 098	.	.
Technische Angestellte										
männlich	2 735	2 955	.	3 040	.	.	.	3 017	.	.
weiblich
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	2 808	3 008	.	3 051	.	.	.	3 237	.	.
weiblich	1 893	2 035	.	2 074	.	.	.	2 194	.	.
Technische Angestellte										
männlich	3 267	3 490	.	3 546	.	.	.	3 688	.	.
weiblich	2 035	2 192	.	2 229	.	.	.	2 352	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

Jahreszahlen A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heiratsziffer	Geburtenziffer	Sterbeziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn	insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungen
1976	2 583	5,6	9,6	12,4	- 7	8	1 059	76	364	222	396
1977	2 586	5,5	9,0	12,0	- 8	12	1 065	71	387	218	389
1978	2 589	4,9	9,0	12,1	- 8	12	1 089	81	368	222	417
1979	2 595	5,0	8,8	12,1	- 9	16	1 103	77	362	222	441
1980	2 605	5,2	9,4	12,0	- 7	19	1 128	73	384	220	451

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1970		
	Grund-, Haupt- und Sonder-schulen	Real-schulen	Gym-nasien	Inte-grierten Gesamt-schul-versuchen	weniger als Haupt-schul-abschluß	Haupt-schul-abschluß	mitt-leren Abschluß	Fach-hochschul-reife und allgemeine Hochschul-reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs-rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs-rate in %	je Erwerbs-tätigen Bund ² 100
	in 1 000												
1976	268	83	75	2	16	41	29	13					
1977	259	87	79	2	15	42	30	12	43 073 ^a		28 646 ^a		93,9 ^a
1978	245	89	83	2	13	43	32	12	45 771 ^a	6,3 ^a	29 504 ^a	3,0 ^a	93,7 ^a
1979	229	89	86	3	13	41	33	13	49 179 ^b	7,4 ^b	30 540 ^b	3,5 ^b	92,7 ^b
1980	215	87	87	3	53 044 ^b	7,9 ^b	31 463 ^b	3,0 ^b	93,9 ^b

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker-rüben
	insgesamt	darunter Milch-kühe ²⁾									
	in 1 000										
1976	1 560	513	1 696	4 450	488	2 913	2 276	4 478	1 737	109	813
1977	1 565	515	1 796	4 528	480	3 035	2 339	4 551	1 990	223	869
1978	1 585	518	1 856	4 214	496	3 236	2 418	4 685	2 209	173	713
1979	1 552	511	1 854	3 926	527	3 269	2 393	4 652	2 015	153	687
1980	1 553	520	1 807	4 124	523	3 312	2 459	4 768	2 071	142	720

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾										Bauhaupt-gewerbe
	Beschäftigte ⁶⁾ (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter-stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾ (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch ⁷⁾			
	insgesamt	Arbeiter				Bruttosumme in Mill. DM	ins-gesamt	Auslands-umsatz	Kohle in 1 000 t SKE	Heizöl	
	in 1 000		in 1 000 t	ins-gesamt	mitt-el-schwer, schwer						
	in 1 000										in 1 000
1976	171	123	228	2 822	1 532	22 331	4 336	238	1 006	791	54
1977	181	129	235	3 086	1 711	25 794	4 923	r 167	985	757	53
1978	179	127	228	3 198	1 832	26 334	4 362	177	1 008	774	56
1979	180	128	226	3 376	1 958	28 576	4 464	231	1 260	1 033	58
1980	183	130	229	3 701	2 166	31 134	5 049	365	1 255	1 091	58

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

2) ohne Ammen- und Mutterkühe

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

5) 1976: Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (ohne Handwerk),

ab 1977: Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; der Vergleich mit früheren Jahren ist hauptsächlich durch die Einbeziehung des Handwerks nicht möglich (siehe auch Statistischen Bericht E 1 1)

6) 1976 ohne Beschäftigte bzw. Umsatz außerhalb des verarbeitenden Gewerbes

7) 1 t Steinkohle \approx 1 t SKE (29 308 MJ); 1 t Heizöl, leicht \approx 1,46 t SKE, schwer \approx 1,40 t SKE

a) Vorläufige Ergebnisse, Berechnungsstand: April 1981 b) Erste vorläufige Ergebnisse, Berechnungsstand: April 1981

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. August 1981			Bevölkerungsveränderung im August 1981			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1981 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)						
in %									
FLensburg	87 730	+ 0,0	- 0,4	- 65	83	18	52	3	57
KIEL	249 621	- 0,0	- 0,2	- 59	- 15	- 74	146	7	166
LÜBECK	220 099	+ 0,1	- 0,6	- 105	228	123	128	3	145
NEUMÜNSTER	80 076	+ 0,1	- 0,2	- 23	75	52	69	1	84
Dithmarschen	130 973	+ 0,1	+ 0,2	2	125	127	73	9	90
Hzgt. Lauenburg	156 954	+ 0,0	+ 0,8	- 26	101	75	96	4	125
Nordfriesland	162 864	+ 0,1	+ 0,3	- 10	167	157	111	3	140
Ostholstein	193 458	+ 0,1	+ 1,0	- 52	188	136	84	3	97
Pinneberg	260 740	- 0,0	+ 0,2	20	- 58	- 38	187	3	229
Plön	116 270	+ 0,1	+ 0,1	- 25	85	60	77	-	92
Rendsburg-Eckernförde	246 425	+ 0,1	+ 0,8	35	146	181	167	6	208
Schleswig-Flensburg	182 500	- 0,0	+ 0,5	- 3	- 35	- 38	100	5	141
Segeberg	211 716	+ 0,2	+ 1,0	55	267	322	168	2	235
Steinburg	128 973	+ 0,0	- 0,1	- 32	62	30	67	6	76
Stormarn	191 482	+ 0,2	+ 1,7	3	311	314	106	6	139
Schleswig-Holstein	2 619 881	+ 0,1	+ 0,4	- 285	1 730	1 445	1 631	61	2 024

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1981		
	Betriebe am 30. 11. 1981	Beschäftigte am 30. 11. 1981	Umsatz im November 1981 Mill. DM ⁴⁾	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	78	9 375	147	33 144	29 842	341
KIEL	142	26 741	410	93 927	84 951	340
LÜBECK	153	25 325	328	81 589	73 443	334
NEUMÜNSTER	80	10 323	90	33 408	29 678	371
Dithmarschen	78	7 676	286	62 776	50 331	385
Hzgt. Lauenburg	105	9 073	96	67 089	57 656	368
Nordfriesland	59	3 140	66	74 162	59 875	369
Ostholstein	92	6 056	95	80 873	69 190	358
Pinneberg	195	22 037	280	115 324	100 791	387
Plön	46	2 833	33	54 197	45 701	393
Rendsburg-Eckernförde	131	11 210	157	111 694	93 358	379
Schleswig-Flensburg	90	5 222	123	86 481	70 004	384
Segeberg	179	15 010	214	108 192	93 013	441
Steinburg	94	9 680	157	59 409	48 676	377
Stormarn	147	15 905	385	87 142	76 561	401
Schleswig-Holstein	1 669	179 606	2 868	1 149 407	983 070	376

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 8. 1981 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1981			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 10. 1981	Kurzarbeiter Monatsmitte Oktober 1981	offene Stellen am 31. 10. 1981	Schweine insgesamt am 3. 8. 1981	Rindvieh am 3. 6. 1981	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 615,7	+ 4,9	+ 0,4	68	7	5	1 874	1 582	197
Hamburg	1 640,0	- 8,6	- 0,5	39	4	5	11	15	3
Niedersachsen	7 260,7	+ 2,5	+ 0,2	192	44	15	7 101	3 261	1 057
Bremen	692,0	- 4,3	- 0,4	22	2	2	8	22	4
Nordrhein-Westfalen	17 043,6	+ 0,8	+ 0,0	442	84	35	5 685	2 012	610
Hessen	5 602,9	+ 4,1	+ 0,3	101	31	16	1 343	905	293
Rheinland-Pfalz	3 641,3	- 0,1	+ 0,1	74	23	8	696	691	235
Baden-Württemberg	9 275,0	+ 4,3	+ 0,4	136	79	30	2 281	1 855	682
Bayern	10 939,8	+ 4,4	+ 0,4	210	77	31	4 283	4 990	1 987
Saarland	1 064,4	- 4,9	- 0,3	31	6	1	51	74	26
Berlin (West)	1 890,3	- 10,9	- 0,5	52	8	6	4	1	0
Bundesgebiet	61 665,8	+ 1,7	+ 0,2	1 366	367	155	23 339	15 406	5 395

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im August 1981		
	Beschäftigte am 30. 9. 1981 in 1 000	Umsatz ²⁾ im September 1981		Produktions- index ³⁾ (1976 = 100) im August 1981	Beschäftigte am 31. August 1981		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	181	2 989	17	.	55	21	1 617	6,2
Hamburg	166	7 406	16	...	30	18	300	1,8
Niedersachsen	709	11 776	28	p 101 ^a	151	21	3 342	4,6
Bremen	89	1 619	24	106 ^a	15	22	194	2,8
Nordrhein-Westfalen	2 153	33 157	27	-p 85	284	17	7 996	4,7
Hessen	657	8 401	28	97	105	19	2 413	4,3
Rheinland-Pfalz	393	6 533	35	129 ^a	74	20	2 262	6,2
Baden-Württemberg	1 467	19 672	28	105 ^a	197	21	5 201	5,6
Bayern	1 367	17 867	30	82	263	24	6 431	5,9
Saarland	155	2 261	32	...	21	20	597	5,6
Berlin (West)	176	2 961	12	.	34	18	1 120	5,9
Bundesgebiet	7 514	114 642	27	92	1 229	20	31 473	5,1

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Juli 1981			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im September 1981				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 8. 1981 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des	des	der
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						Landes	Bundes	Gemeinden
	in 1 000				im 2. Vierteljahr 1981						
								in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	1 149	983	376	1 654	56	2 057	128	4 952	417	430	168
Hamburg	632	569	347	1 008	19	1 269	128	8 248	793	3 221	352
Niedersachsen	3 272	2 774	382	3 973	126	5 160	133	6 034	416	464	181
Bremen	269	242	350	475	3	516	109	6 762	527	1 240	248
Nordrhein-Westfalen	7 248	6 476	380	8 644	235	10 971	130	6 878	466	793	196
Hessen	2 624	2 277	406	3 249	109	4 118	130	7 520	493	682	211
Rheinland-Pfalz	1 749	1 468	403	2 164	60	2 846	134	6 771	420	536	175
Baden-Württemberg	4 349	3 697	399	5 008	180	6 647	136	7 355	520	727	223
Bayern	5 140	4 194	383	6 105	278	8 141	138	7 661	454	551	204
Saarland	470	420	394	621	20	827	136	6 488	410	490	163
Berlin (West)	654	582	308	1 343	20	1 662	125	6 730	363	1 141	106
Bundesgebiet	27 655 ^b	23 731 ^b	385	34 244	1 106	44 214	132	6 984	469	736	200

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

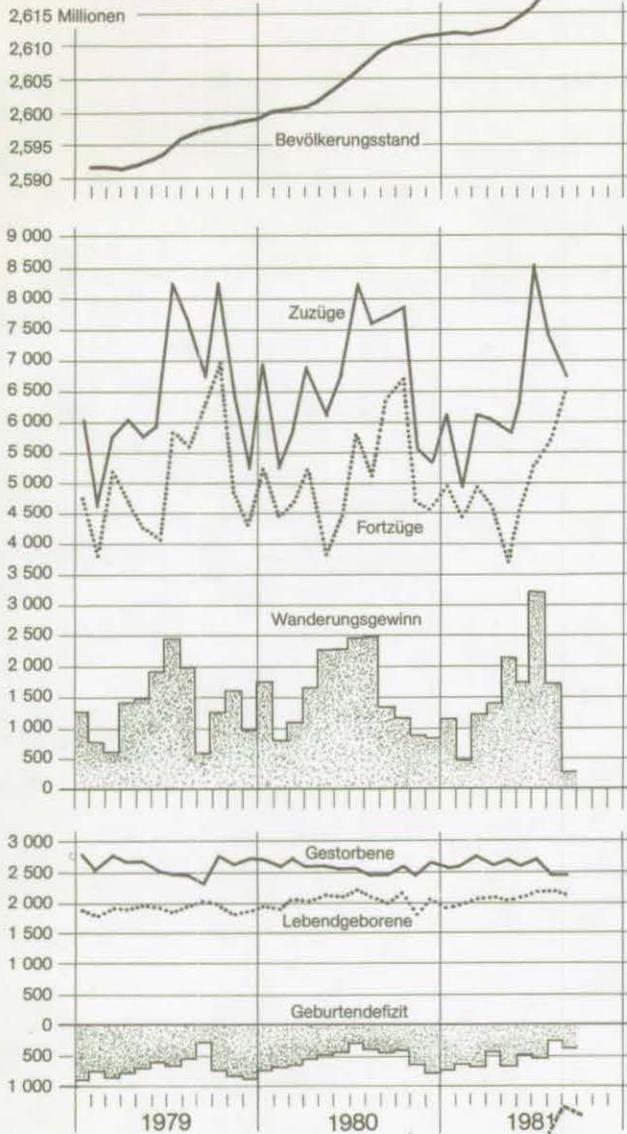
1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Vorläufige Werte 5) ohne Bundespost und Bundesbahn 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen a) 1970 = 100 b) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

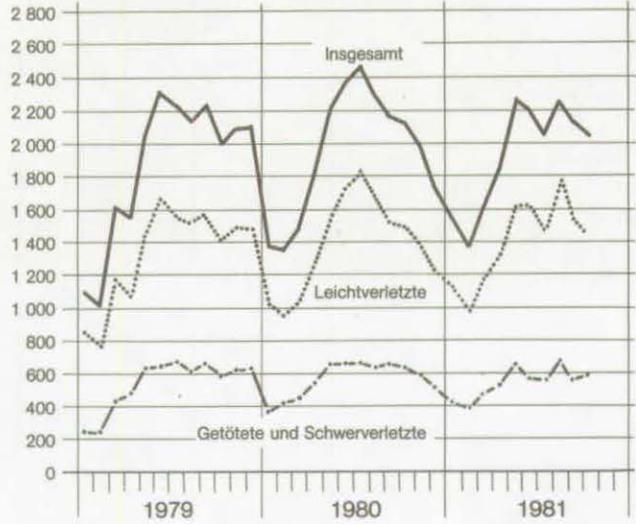
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Teil B — in den Heften der geradzahlgigen Monate — enthält: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

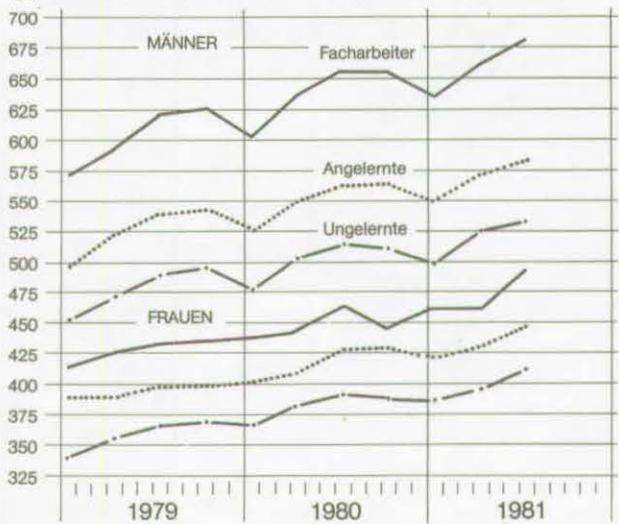
Bevölkerung



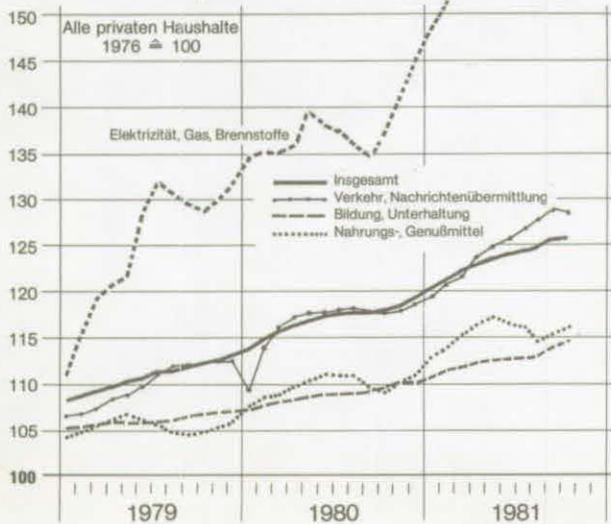
Verunglückte im Straßenverkehr



Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steueraufkommen

